Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 17 (1991)

Heft: 2

Artikel: Zur Entwicklungsdynamik in den sozialistischen bzw. postsozialistischen Ländern : theoretischer Bezugsrahmen und empirisches Fallbeispiel (Polen)

Autor: Juchler, Jakob

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814857

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse sociol., 2 (1991) 273–307

ZUR ENTWICKLUNGSDYNAMIK IN DEN SOZIALISTISCHEN BZW. POSTSOZIALISTISCHEN LÄNDERN

Theoretischer Bezugsrahmen und empirisches Fallbeispiel (Polen)

Jakob Juchler
Imfeldstrasse 87, 8037 Zürich

1. Einleitung

„Ich suche neue Lösungen für Polen, das sich vom Kommunismus löst. Es gibt keine Rezepte und niemand weiss, wie das zu machen ist. Ich bin auf der Suche und selbstverständlich stosse ich dabei von Wand zu Wand." So schonungslos äusserte sich Lech Walesa, Polens Staatspräsident und ehemaliger Solidarnosc-Führer im Frühling 1991 (zitiert nach Polityka 1991, Nr. 19, 2). Und Jacek Kuron, prominenter Systemkritiker der ersten Stunde, Sozialminister unter der Regierung Mazowiecki und heutiger politischer Gegner Walesas, drückte sich noch pointierter aus: „Das eine System ist zusammengebrochen und wir probieren jetzt ein zweites zu bauen. Zwar gab es eine Revolution – obwohl nicht bis zum Ende, da das alte System nicht ganz zerfiel – aber das neue System haben wir praktisch noch kaum geschaffen." (Tygodnik Solidarnosci, 1991, Nr. 21, 12).

Diese zwei Zitate sind symptomatisch für eine Tendenz, die sich immer mehr nicht nur in den Ländern Osteuropas, sondern auch in Westeuropa breit macht. Nach der anfänglichen Euphorie, die die Perestroika und vor allem die enormen Umwälzungen des „Revolutionsjahres" 1989 ausgelöst hatte, ist Ernüchterung und eine gewisse Ratlosigkeit eingetreten. Die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind grösser und dauerhafter als erwartet, und auch die politischen Probleme stehen ersteren kaum nach. Mit brutaler Deutlichkeit machte dies im Sommer 1991 der Ausbruch des jugoslawischen Bürgerkrieges sowie der sowjetische Putschversuch auch einer breiteren Öffentlichkeit bewusst. Zwar herrscht allenthalben hektische Betriebsamkeit, eine Konferenz jagt die andere. Berichte, Reports und Bücher, unter anderem auch von diversen internationalen Organisationen, erscheinen zu hauf (vgl. z. B. IMF, Worldbank,

OEDC, EBRD, 1990, World Bank, 1991, ECE, 1991). Und obwohl darin interessantes Material und intelligente Analysen enthalten sind, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, dass sowohl die empirischen Basisdaten wie das theoretische (meist einseitig ökonomisch orientierte) Instrumentarium die verwirrliche Realität dieses enormen Transformationsprozesses nur grob erfassen können. Dementsprechend schmal ist denn auch die Grundlage für Entwürfe von Zukunftsprognosen und, noch ausgeprägter, für konkrete Politikempfehlungen.[1]

Im folgenden geht es denn auch nicht darum, den vielen Arbeiten mit normativer Zielsetzung eine weitere dazuzufügen. Das Ziel ist wesentlich bescheidener. Es soll versucht werden, einen generellen Orientierungsrahmen zu skizzieren, worin die grundlegende Problematik des historischen Transformationsprozesses eingeordnet werden kann, sowie erste vorsichtige empirische Einschätzungen vorzunehmen.[2]

2. Ein formationstheoretischer Bezugsrahmen

Ausgangspunkt ist eine generelle Gesellschaftskonzeption. Es wird ein Formationskonzept angewandt, das hauptsächlich auf system- und strukturtheoretischen sowie regulationstheoretischen Theorieelementen beruht und eine Synthese unterschiedlicher Gesichtspunkte anstrebt (vgl. Juchler, 1986, 1990 und insbesondere 1991). Dessen Grundzüge lassen sich kurz folgendermassen zusammenfassen.

Konkrete Gesellschaften sind von einer bestimmten Formationsstruktur, einem allgemeinen Gesellschaftsmodell geprägt. Wichtig ist dabei, dass solche

---

1 Nicht überraschend ist es denn auch, wenn solche Programme und Empfehlungen teilweise recht abenteuerliche Entstehungsgeschichten aufweisen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der sowjetische 500-Tageplan von 1990 und der Yawlinsky-Programmentwurf von 1991, vgl. dazu die interessanten Interviews mit Yawlinsky in den Moscow News, 1990, Nr. 42 und 1991, Nr. 20.
Parodistische Qualitäten haben manchmal die Aussagen selbsternannter oder herbeigewünschter politischer „Retter". Eine besondere Stilblüte lieferte der jugoslawische „Kronprinz". „Ich war nie in Jugoslawien, was traurig ist, aber auch in gewissem Sinne positiv, weil ich nicht von irgendwelchen politischen Argumenten vergiftet bin". (Kronprinz Alexander von Jugoslawien zur Frage, warum die Restaurierung der Monarchie die politische Krise lösen könnte, zitiert nach Newsweek 24. Juni 1991: 9)

2 Die nachfolgenden Ausführungen sind eine erste zusammenfassende Zwischenbilanz eines NFP Projektes (NFP 28: Die Schweiz in einer sich ändernden Welt, Projekttitel „Systemkrise und Entwicklungsdynamik in Osteuropa"). Das Projekt wird im Herbst 1992 abgeschlossen, wobei für 1993 eine Buchveröffentlichung geplant ist.

Formationen zwar übergeordneten Grundmustern – eigentlichen Zivilisationstypen – angehören, aber auch eigenständige, spezifische Gesellschaftsformen darstellen. So wie asiatische, antike und feudale Formationen einem traditionalen Zivilisationstyp angehörten, lassen sich kapitalistische und sozialistische Formationen als grundlegende Varianten eines modernen Zivilisationstyps betrachten. Beide Formationen haben eine Reihe von strukturellen Merkmalen gemein wie industrielle Produktionsform, hohe vertikale und horizontale Arbeitsteilung sowie institutionelle Basisformen (Nationalstaaten, ausdifferenzierte Institutionsbereiche). Geichzeitig weisen sie aber auch spezifische Charakteristika auf, wie ein bestimmtes Eigentumssytem, spezifische ideologische Verhältnisse und bestimmte institutionelle Strukturformen. Diese Eigenheiten bedingen denn auch verschiedenartige gesellschaftliche Reproduktionsmechanismen.

In jeder Formation sind nun aufgrund ihrer Struktureigenschaften bestimmte Tendenzen angelegt. „Tendenz" ist dabei durchaus wörtlich zu nehmen, denn Intensität, Form oder Ausgestaltung solcher struktureller Tendenzen sind abhängig von spezifischen Bedingungen. Solche generellen Tendenzen können konstant auftretende Charakteristika sein, wie etwa periodisch auftretende Reproduktionsstörungen im wirtschaftlichen Kreislauf. Sie können aber auch zeitveränderliche, entwicklungsabhängige Merkmale darstellen, z. B. Technologie- und Produktestrukturveränderungen oder ideologische Entwicklungen. Damit ist in jeder Formation eine Dynamik angelegt. Der entscheidende Punkt ist nun, dass solche Entwicklungstendenzen von Zeit zu Zeit den gesamten Reproduktionsprozess destabilisieren, vor allem wenn sie beschleunigt und/oder kumulativ auftreten. Denn dann werden die bereits bestehenden institutionellen Regulierungen (im breitesten Sinne „politischer" Art) obsolet. Geringfügige Anpassungen reichen zur Systemstabilisierung nicht mehr aus. Entsprechend beginnt die Suche nach neuen Anpassungsstrategien, wobei die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure je nach Interessenlage und ideellem Innovationspotential unterschiedliche Lösungswege entwickeln und durchzusetzen versuchen. Das Ergebnis solcher Auseinandersetzungen ist kontingent, da verschiedene Optionen offenstehen. Kommt es schliesslich zu neuen Regulierungen, die mindestens für eine gewisse Zeit eine erneute Stabilisierung gewährleisten und den Rahmen der formationellen Grundstrukturen nicht verlassen, verläuft die Entwicklung trotz diskontinuierlicher „Wenden" innerhalb des gegebenen Formationscharakters. Sind die systemimmanenten Widersprüche aber zu gross, setzen sich über kurz oder lang grundsätzliche Veränderungsstrategien durch. So kommt es zu einem Formationswechsel, da keine erfolgreichen formationskompatiblen Anpassungsstrategien mehr gefunden bzw. durchgesetzt werden können. Als Ergebnis dieses Prozesses entsteht eine neue

Formationsstruktur oder es kommt zu einem Übergang zu einer bereits bestehenden Formation.

Postuliert wird nun, dass der jetzige gesellschaftliche Wandel in den „sozialistischen" Ländern genau eine solche Situation darstellt. Denn die sozialistische Formation befindet sich in einer fundamentalen Systemkrise. Geht man von den aktuell diskutierten Veränderungsstrategien aus, lassen sich im wesentlichen vier Hauptrichtungen unterscheiden:

1) Rekonsolidierung des „sozialistischen" Systems (nur relativ geringe Teilreformen in Richtung „Dezentralisierung" in der Ökonomie; eventuell auch politische „Neostalinisierung").

2) Einführung eines „westlichen" parlamentarisch-demokratischen Systems mit klarer Dominanz einer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsstruktur:
   a) neoliberal orientierte „schockmässige" Umbaustrategie (Stabilitäts- und Strukturpolitik).
   b) gemässigte (zentristisch bis sozialdemokratisch orientierte), mehr gradualistische Reformstrategie.

3) Autoritäre antikommunistische Systemlösungen:
   a) nationalistisch-(populistisch)-autoritär orientierte Quasi-Demokratie oder Diktatur mit relativer Dominanz eines „staatskapitalistischen" Sektors.
   b) elitär orientierte Quasi-Demokratie oder Diktatur mit neoliberal ausgerichteter privatkapitalistischer Orientierung.

4) Anstreben eines „Dritten Weges":
   a) parlamentarisch-demokratisches System mit Dominanz von gruppenspezifischen Eigentumsformen (z. B. Mitarbeiter-Aktiengesellschaften, Genossenschaften usw.) innerhalb eines marktwirtschaftlichen Rahmens, mit mehr oder weniger grossem Staatsinterventionismus.
   b) Betonung von basisdemokratischen Formen mit starken Planungselementen.

Für die meisten Beobachter in Ost und West scheint es klar, dass die Veränderungsstrategie 2) die dominante Entwicklungsrichtung darstellt (bzw. unter einem normativen Gesichtspunkt auch die einzig „richtige" ist).[3] Wie im

3 Die politischen Kräfte, die jeweils solche Strategien propagieren, sind mehr oder weniger deutlich bestimmbar. Strategie 1) wird von konservativen „sozialistischen" Kräften in den sozialistischen Ländern selbst vertreten – z. T. auch im Westen von gewissen Rechtskonservativen als wahrscheinliche „Gefahr" betrachtet. Strategie 2) wird von den meisten politischen Richtungen und Theoretikern in Ost und West propagiert, wobei die Variante 2a) im Vordergrund steht. Strategie 3a) wird von nationalistisch-populistischen Bewegungen unterstützt, wenn auch oft verschwommen und unklar formuliert, während die Strategie 3b) von mehr oder weniger rechtsstehenden „liberalistischen" Kreisen diskutiert wird. Strategie 4) ist bei bestimmten

folgenden offensichtlich wird, ist diese Annahme etwas zu voreilig. Denn die Komplexität der aktuellen Übergangssituation lassen verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten offen. Geht man von der Intensität der Krise und den enormen „Altlasten" der sozialistischen Formation (wirtschaftlicher, ökologischer, aber auch politisch-ideologischer Natur) aus, lässt sich eines mit ziemlicher Sicherheit vorhersagen: Welche Strategien auch immer eingeschlagen werden, der Umbau wird sich sehr widersprüchlich und in einer turbulenten und relativ langen Krisenphase vollziehen. Dazu kommen die Probleme, die sich aus dem Umfeld, dem gesamten Weltsystem ergeben, das von diversen Ungleichgewichten und Instabilitäten gekennzeichnet ist. Die Situation wird auch dadurch kompliziert, dass die verschiedenen Länder jeweils recht unterschiedliche historische Ausgangsbedingungen aufweisen, die sich auf die Dynamik des Transformationsprozesses auswirken (vgl. z. B. Courrier des Pays de l'Est, 1991, 359, 3–4). So kann es je nach länderspezifischen Umständen durchaus zu Strategiewechseln und politischen Kehrtwendungen kommen. Nur eine Analyse, die die strukturellen und historischen Ausgangsbedingungen berücksichtigt, kann einigermassen adäquate Aussagen formulieren.

3. Zu den Ausgangsbedingungen und ihren Folgen

In der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaften spielten strukturimmanente Tendenzen eine entscheidende Rolle, obwohl auch den internationalen Interdependenzen je nach Phase eine mehr oder weniger relevante Stellung zukam (Juchler, 1990). Dabei verstärkten sich die Widersprüche im wirtschaftlich-materiellen wie im politisch-ideologischen Bereich so stark, dass kaum mehr effektive systemstabilisierende Regulierungen gefunden werden können. Obwohl hier nicht im Detail darauf eingegangen werden kann, sollen im folgenden einige Grundzüge skizziert werden, um den Problemhintergrund der Transformationsprozesse darzulegen.[4]

Dass das sozialistische System Schiffbruch erlitt, hängt wesentlich mit seinem Wirtschaftssystem zusammen. Ein zentral hierarchisch aufgebautes Steuerungssystem hielt nicht, was die Theorie verhiess. Statt eines zum voraus geplanten, gleichgewichtigen Wachstums – als „Heilmittel" gegen die „Anarchie" des Marktes – gab es hohe Abweichungen von den Planvorgaben und

---

linksstehenden Kräften in Ost und West populär, wobei Strategie 4b) nur sehr geringe Resonanz findet.

4 Detaillierte theoretische Explikationen und empirische Belege sind in Juchler, 1986 und 1991, Kapitel 3 bis 7 zusammengestellt, wo auch die wichtigsten Arbeiten dokumentiert sind. Vgl. auch den Überblick bei Brzezinski, 1989.

grosse Wachstumsfluktuationen, statt effizientem Mitteleinsatz Verschwendung und chronische Mangelwirtschaft (vgl. z. B. Kornai, 1980 und 1990, Sik, 1987, Gomulka, 1988). Die Hauptgründe dafür waren nicht „subjektiver" Art wie Fehlleistungen von Planorganen und mangelnde Arbeitsdisziplin wegen dem kapitalistischen „Erbe", wie lange Zeit die offiziellen Erklärungen lauteten. Vielmehr müssen diese in systembedingten Ursachen gesucht werden. Ein zentraler Punkt ist die zu hohe Komplexität der notwendigen Informationsvermittlung- und verarbeitung, die zu Ungleichgewichten führte. Ein weiterer Aspekt, der mit dem ersteren zusammenhängt, ist die Existenz verdeckter Konkurrenzbeziehungen. An die Stelle der offenen Konkurrenz des kapitalistischen Marktes trat die versteckte Konkurrenz. Diese reichte vom Kampf der Betriebe um günstige Planvorgaben („Planbargaining": möglichst geringe Zielvorgaben, möglichst grosse Mittel an Investitionen, Rohstoffen und Arbeitskräften) bis zum Ausspielen von Beziehungen und dem Gerangel in der Schattenwirtschaft, wobei Anreize zu einem effizienten Mitteleinsatz weitgehend fehlten. Statt einer „Planwirtschaft" existierte so eine ziemlich chaotische „Mischwirtschaft" oder besser „Gemischelwirtschaft", ein inkonsistentes Nebeneinander von administrativer Steuerung, partiellen Marktbeziehungen (vor allem im Arbeitsmarkt und Konsumgütermarkt) sowie informellen Tauschbeziehungen. Es fehlte entsprechend ein funktionierendes Geld- und Finanzsystem, und das administrierte Preissystem konnte weder Knappheitsrelationen noch Kosten widerspiegeln. Eine Tendenz zu einer relativen „Übernachfrage" und einer hohen Konzentration – dominante Grossbetriebe, oft mit Monopolpositionen – konstituierten einen „Verkäufermarkt". Verdeckte Inflation (manchmal auch offene) und Budgetprobleme waren wichtige Begleiterscheinungen dieser makroökonomischen Disproportionen.

Die gesellschaftliche Effizienz eines solchen Systems war entsprechend klein: geringe Produktivität (nicht zuletzt wegen einer „verdeckten" Arbeitslosigkeit), schlechte Qualität, mangelndes Konsumangebot, relativ geringe Innovationsfähigkeit, hohe Investitionsbelastung und Rohstoff- bzw. Energieverschwendung, enorme Umweltbelastungen sind die wichtigsten Stichworte. Anfänglich konnten diese systembedingten Widersprüche noch durch gewisse Anfangserfolge überdeckt werden. Durch die hohe Mobilisierungsfähigkeit wurden schnelle Fortschritte in der Industrialisierung, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der sozialen Sicherung sowie der Deckung der Grundbedürfnisse ermöglicht – wenn auch unter hohen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kosten. Das relativ einfache technologische Paradigma der sekundären Mechanisierung, das vom kapitalistischen Westen übernommen bzw. imitiert werden konnte, stellte noch keine allzu hohen Anforderungen an die Innovationskapazität und ermöglichte ein extensives Wachstum. Mit zunehmender Ent-

wicklung, insbesondere mit der Erschöpfung der extensiven Wachstumsfaktoren, und der Beschleunigung der weltweiten technologischen Veränderungen (Informatisierung, neue Werkstoffe usw.) wurden die strukturellen Probleme aber immer drängender (Brucan, 1987).

Was den wirtschaftlichen Widersprüchen ihre besondere Brisanz gab, ist ihre Verknüpfung mit den ideologisch-politischen Widersprüchen. Der offizielle „Marxismus-Leninsmus" versprach eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung (inklusive des Überholens des Kapitalismus), soziale Gerechtigkeit und Harmonie. Zudem meinte er, nicht nur das richtige und historisch notwendige Gesellschaftsprogramm zu besitzen, sondern auch eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung. Damit war man in eine eigentliche Falle geraten, denn der viel zu ambitöse Anspruch musste immer mehr zur Desillusionierung führen, je länger Realität und Theorie auseinanderklafften. Mit dem Avantgardeanspruch der Partei (konkret des Parteiapparates) bzw. dem exklusiven Kontrollanspruch über die symbolisch-kulturelle Produktion und das gesellschaftlich-politische Leben im allgemeinen zerstörte man auch die notwendige Offenheit, die die Entstehung neuer Positionen und politisch-gesellschaftlicher Bewegungen hätte vorantreiben können. Hinter der Fassade von integrierten gesellschaftlichen Organisationen und konsensualen politischen Strukturen entfalteten sich Verteilungskämpfe um Positionen und knappe Güter mittels Beziehungsklüngeln und Intrigen, kam es zu einer fatalen Spaltung von offiziell geäusserter und privater Meinung, von geschlossener formeller Informationsbildung und chaotischem informellem Informationsfluss, von mehr oder weniger passiv erduldeter Teilnahme am offiziellen Leben und dem Rückzug ins „Private" bzw. in das durch Kleingruppen wie Familien und Freundeskreis strukturierte „eigentliche" Leben (inklusive Schattenwirtschaftsaktivitäten). Es ist wohl kaum übertrieben, von einer Tendenz zu einer „Doppelmoral", einer eigentlichen „Desillusionierung" sowie einer „Bewusstseinsfragmentierung" zu sprechen (für empirische Belege vgl. Juchler, 1986, Nowacki, 1991, Förster/Roski, 1990). Mit der zunehmend sichtbaren Absetzung einer herrschenden, privilegierten, oft unfähigen Schicht (die „Nomenklatura", bzw. im Alltagsbewusstsein „die da oben") verschärften sich auch die direkten klassenorientierten Spannungspotentiale, wurden doch dadurch die weitgehend akzeptierten meritokratischen „sozialistischen" Verteilungsnormen – jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung – krass verletzt. Die unterdrückten interethnischen bzw. interregionalen Spannungen nahmen ebenfalls zu. Die ökonomischen und sozialen Widersprüche wirkten sich besonders stark aus, da das feindliche Referenzsystem des kapitalistischen „Westens" nach der Krisenzeit der Weltkriege und der grossen Depression einen präzedenzlosen Wachstumsschub innerhalb eines fordistischen „wohlfahrtsstaatlichen" Regulierungstyps

erlebte, der trotz gewichtiger Krisenerscheinungen seit den 70er Jahren mindestens teilweise fortdauert.

Selbstverständlich stellt die obige Skizze struktureller Entwicklungstendenzen nur einen generalisierten Bezugsrahmen dar, der je nach den spezifischen Umständen der einzelnen Länder mehr oder weniger zutraf. Auch die im Verlaufe der Entwicklung eingeschlagenen Regulierungsstrategien wiesen spezifische Besonderheiten auf. Trotz dieser Einschränkungen lässt sich ein dominantes Muster, das insbesondere auf die UdSSR und ihre Verbündeten zutraf, postulieren (Juchler, 1991). Nach der stalinistischen Regulierung, die die Widersprüche mit einer enormen Repression (sozusagen präventivem Terror), ideologischer Mobilisierung und massiver Gleichschaltung sowie einer hyperzentralistischen Steuerung nur für relativ kurze Zeit kanalisieren konnte, brachte auch ein poststalinistischer („normalisierter") Typ keine dauerhafte Stabilisierung. Selektivere Repression, weniger ideologische Gleichschaltung, etwas geringere Zentralisierung und eine etwas stärkere Ausrichtung auf Konsumgüter, die zudem periodischen Fluktuationen ausgesetzt waren, stellten im wesentlichen nur kosmetische Reformen dar, die keinen Durchbruch bringen konnten. Und die vermehrte Öffnung zum Westen – insbesondere seit den 70er Jahren, die vor allem einen Technologie-Import anstrebte, um die eigene Innovationsschwäche zu kompensieren – ergab mehr Belastungen als positive Effekte.

4. Die neuen Reformbestrebungen

Die offensichtlichen ökonomischen und politischen Widersprüche prägten die generelle Richtung der Reformen, die in letzter Zeit ergriffen worden sind. Mehr Privatproduktion und grössere Unternehmensautonomie sollten für ein effizienteres und intensiveres Wachstum sorgen, mehr politischer Spielraum für individuelle und gesellschaftliche Interessenartikulation die Legitimationsbasis des Regimes verbessern. Zusammenfassend kann hier von einer Tendenz zu einem dezentralisierten Regulierungstyp gesprochen werden. Je nach Land setzten diese Tendenzen zu verschiedenen Zeitpunkten, mit sehr unterschiedlicher Intensität und Akzentsetzung ein (Gey, 1987, Brzezinski, 1989). Ungarn und Polen spielten, wie schon Mitte der 50er Jahre, in Europa eine Vorreiterrolle. China schlug mit seiner Modernisierungsstrategie seit dem Ende der 70er Jahre eine spezifische, stark ökonomisch orientierte Richtung ein. Die UdSSR verfolgte unter Gorbatschow mit „Glasnost" und „Perestroika" eine stärker politisch ausgerichtete Tendenz, die auch einen bedeutsamen Wechsel in den internationalen Beziehungen beinhaltete („neues Denken" mit kooperativen Konflikt-

lösungsstrategien und weitgehender Aufgabe der sowjetischen Dominanz im Ostblock).

Dass aber eine solche dezentrale Regulierung nicht mehr imstande war, wie noch die poststalinistische Regulierung der vorangegangenen Phase, eine neue Stabilisierung zu erreichen, sondern zu verschärfter Krise und enormen Umbrüchen führte, hängt mit dem grundlegenden Charakter der jetzigen Widersprüche zusammen.[5] Es handelt sich, wie bereits erwähnt, um eine eigentliche Systemkrise, die mehr oder weniger alle Bereiche betrifft. Hier bieten sich Analogien zur kapitalistischen Krisenphase der Zwischenkriegszeit an. Generell ist die Mehrdimensionalität der Krisen hervorzuheben. Bei beiden Krisen handelte es sich um eine wirtschaftlich-materielle und ideologisch-kulturelle Krise, um nationale und internationale Widersprüche grosser Intensität. Bei beiden ging es darum, dass der vorherrschende Regulierungstyp nicht mehr ausreichte, zentrale Veränderungen im materiellen wie im ideologischen Bereich in eine neue, relativ stabile Reproduktion zu integrieren. Die Analogie betrifft den generellen Aspekt, wenn man so will, die formale Struktur der Entwicklungskrise. Inhaltlich hingegen ist der Unterschied gross, man könnte, pointiert formuliert, gar von einer spiegelbildlichen Tendenz sprechen. In der kapitalistischen Formation ging es im wesentlichen darum, für eine spezifische Produktionsstruktur (mit intensiver Massengüterproduktion), die auf dezentraler privatkapitalistischer, aber schon stark oligopolistischer Basis beruhte, eine adäquate Nachfragestruktur zu schaffen. Das bedeutete, institutionelle Regulierungen in Richtung staatsinterventionistischer Steuerung und korporativen Interessenausgleichs (insbesondere zwischen Kapital und Arbeit) zu suchen, sowie sozialintegrative Formen zur Konfliktdämpfung zu entwickeln. Das eigentliche Problem war die Nachfrage, nicht die Produktion oder das Angebot. Umgekehrt verhält es sich bei der sozialistischen Krise. Hier sind die Reproduktionsstörungen vor allem angebotsbedingt und entsprechend schwieriger in den Griff zu bekommen. Die administrativ-hierarchische Steuerung schafft ständig Verteilungskonflikte, Knappheitsprobleme und grosse Verschwendung, behindert also ein intensives Wachstum. Nachfrage hingegen ist

5 Besonders bedeutsam war dabei die geringe Wirksamkeit der Reformpolitik im Eindämmen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen (vgl. ECE, 1990: 75 ff., World Economic Survey, 1990: 119 ff.). Die oft nur inkonsequent durchgeführte Dezentralisierung brachte nicht die erhofften Effizienzsteigerungen, da die sich die grundlegenden Systemmechanismen nicht veränderten. Sie verschärfte sogar teilweise strukturelle Disproportionstendenzen wie Nachfrageüberhang und Budgetdefizit, da der grössere Spielraum „unten" entsprechend ausgenutzt wurde und indirekte zentrale Steuerungsmittel durch fehlende institutionelle Instrumente und mangelnde politische Durchsetzungskraft nicht oder zu wenig greifen konnten (vgl. z. B. IMF, 1990, Marer, 1991). Letztere war ihrerseits stark durch die Legitimationskrise mitbedingt, die „harte" Massnahmen kaum erlaubte, ohne grosse soziale Spannungen zu riskieren.

durch die „soft budget constraint" meistens im Übermass vorhanden (Kornai, 1980, Hartwig, 1988). So lag es nahe, institutionelle Regulierungen in Richtung dezentraler Steuerung und Unternehmensautonomie zu suchen. Die Krise der liberalistischen Ideologie und des individualistischen „Laissez-faire" rief nach mehr staatlicher Absicherung und konsensualen Identifikationsmustern, die Krise der kommunistischen Ideologie nach individueller und gruppenspezifischer „pluralistischer" Interessenartikulation und demokratischer Partizipation. Wenn in Osteuropa nun „Markt", „Pluralismus", „Rechtsstaat" und „parlamentarische Demokratie" attraktive Begriffe sind, ist das kein Zufall.

Ein weiterer entscheidender Unterschied liegt in der „Krisenbewältigungspotenz". Während in der kapitalistischen Krise die strukturellen und institutionellen Voraussetzungen für eine Rekonstruktion und Restabilisierung, einen erfolgreichen neuen Regulierungstyp, angelegt waren, ist dies aufgrund der vorangegangen Ausführungen für die sozialistische Formation nicht zu erwarten. Geht der Entwicklungsweg also unaufhaltsam in Richtung der westlichen kapitalistischen Gesellschaftsform?

Vorerst scheint vieles darauf hinzuweisen. So ist einmal der Druck auf eine weitergehende Weltmarktintegration gross, vor allem bei den osteuropäischen Ländern. Auch wenn die absolute Verschuldung bzw. die Prokopf-Verschuldung nicht besonders hoch ist (mit der teilweisen Ausnahme Ungarns), so sind durch die relativ geringen Exporte in harten Währungen und die dringend benötigten Westimporte dennoch starke Abhängigkeiten gegeben. So überrascht es nicht, dass bei dem klassischen Indikator Schuldendienst/Exporteinnahmen 1988 durchschnittlich etwa gleiche Werte zu verzeichnen waren, wie sie die am meisten verschuldeten Entwicklungsländer aufwiesen, während beim Verhältnis Schulden/Exporteinnahmen ähnliche Zahlen wie bei den kapitalimportierenden Entwicklungsländern insgesamt resultierten (Juchler, 1991, 261). Auch wenn sich die Zahlen 1991 durch die Auflösung des COMECON verbessern werden (ab Januar 1991 wird nur noch in Hartwährungen direkt getauscht), bedeutet das keineswegs eine geringere Abhängigkeit. Im Gegenteil ergibt sich durch die Aufhebung des Comecon-Systems vorerst eine weitere Verschärfung der Handelsprobleme, da nun gesicherte und anspruchslose Märkte zu einem beträchtlichen Teil verloren gehen (vgl. z. B. Financial Market Trends, 49/1991, 17 f. , GUS, 1991). Auch die Handels- und Verschuldungssituation der sozialistischen Entwicklungsländer reicht von mittelmässig (z. B. China) bis sehr schlecht (z. B. Nordkorea, Kuba).[6] Insgesamt ist also der aus den

6 Vgl. den Überblick in World Economic Survey, 1990: 119 ff., sowie Far Eastern Economic Review 23. 8. 1990 (Nordkorea), 21. 3. 1991 (China) und 4. 4. 1991 (Vietnam), NZZ 24. 7. 1990 und 20. 2. 1991 (Kuba). China hatte 1990 einen deutlichen Handelsbilanzüberschuss und

internationalen Wirtschaftsbeziehungen stammende Druck gross, sich nach kapitalistischen Verhältnissen auszurichten – nicht zuletzt auch deshalb, weil dringend benötigte Stützungsmassnahmen internationaler Organisationen wie des IMF und der Weltbank an einschneidende Reformauflagen gebunden sind (Marer, 1991, World Bank, 1991).

Das heisst aber nicht unbedingt, dass die interne Entwicklung unilinear auf eine klare Dominanz privatkapitalistischer und liberal-demokratischer Formen hinausläuft. Auch wenn die Entwicklung in diese Richtung zu gehen scheint, stehen immer noch verschiedene Optionen offen, die je nach den spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder unterschiedliche Realisierungschancen haben. Und das ist typisch für eine fundamentale Krisenlage mit ihren Instabilitäten, wie auch ein Blick auf die kapitalistische Krise der Zwischenkriegszeit zeigt. Auch damals gab es bis zu einem gewissen Zeitpunkt verschiedene Strategien der Krisenbewältigung: die liberale „wohlfahrtsstaatlich-sozialdemokratische", die faschistische „autoritär-konservative", die „Volksfront-Allianzen", um nur die wichtigsten zu nennen.

In der aktuellen Krise der sozialistischen Formation sind die grundlegenden Änderungsstrategien und Programmatiken zwar noch nicht klar auskristallisiert, es zeichnen sich aber jetzt schon eine Reihe von Tendenzen ab. Auf die grundsätzlichen Entwicklungsrichtungen wurde bereits in Abschnitt 2 hingewiesen. Einen detaillierteren Überblick gibt Abbildung 1, wo der Entwicklungstand von Ende 1990 mittels einer Typologisierung zusammengefasst ist. Dabei werden nicht nur die Reformstrategien, sondern auch die zentralen Eigenheiten der Wirtschaftskrise erfasst, sowie die verschiedenen Länder und ihre politischen Dominanzverhältnisse den einzelnen Typen zugeordnet.[7]

Die Typologie stellt sozusagen eine aufsteigende Transformationsfolge dar, von geringen Reformen (praktische Beibehaltung des traditionellen sozialistischen Systems), wie sie der Typus E darstellt, bis hin zur besonders resoluten Veränderungstrategie in Richtung westlich (neoliberal) geprägter Sanierungs-

---

die Exporteinnahmen machten mehr als die gesamten Schulden aus. Kuba und Nordkorea hingegen bedienen seit einigen Jahren ihren Schuldendienst nicht mehr und sind in den internationalen Kreditratings in den hintersten Plätzen zu finden.

7 In der Länderzuordnung fehlt Jugoslawien, da dessen interne Varianz bereits als zu gross für eine eindeutige Klassifikation einzustufen ist. Der Kurs der Zentralregierung war seit 1990 weitgehend auf eine Stabilisierung des Typus A ausgerichtet (vgl. z. B. Courrier de l'Est, 1991, 359, 66–73). Weiterhin fehlen alle erst in jüngerer Zeit entstandenen „sozialistischen" Entwicklungsländer, da diese meist keine gefestigten sozialökonomischen Verhältnisse aufwiesen. Diese haben im übrigen meist auch eine Richtung eingeschlagen, die den Typen A, B oder C entspricht.

Abbildung 1

Zur politökonomischen Situation der „sozialistischen" Länder Ende 1990 – eine Typologie

Typus	Reformausrichtung	Art der Wirtschaftskrise	Politische Dominanzverhältnisse	Länderzuordnung
A	westliches Gesellschaftssystem, „schockartige" harte Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	starke Rezession, nur partielle Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	ehemalige breit verankerte „Opposition" dominant, sehr schwache „Post-Kommunisten"	Polen (bis 1989 D)
B	westliches Gesellschaftssystem, „gradualistische" gemässigte Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	mässige Rezession, mässige Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	ehemalige schwach verankerte „Opposition" dominant, schwache „Postkommunisten"	Ungarn (bis 1989 D) Tschechoslowakei (bis 1989 E)
C	schwankend, unklare Markt- und z. T. Demokratieorientierung, nur partielle Stabilisierungs- und Sanierungspolitik	geringe bis mässige Rezession, hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	geschwächte Kommunisten bzw. „Postkommunisten" dominant, wenig etablierte, aber wachsende Opposition	Bulgarien (bis 1989 E) Rumänien (bis 1989 E) UdSSR (bis 1986 E) Albanien (bis 1990 E)
D	Partielle Reformorientierung mit Einbezug von Marktelementen, traditionelle Stabilisierungspolitik (kaum politische Reform)	kaum Rezession, mässige bis hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	traditionelle Kommunisten dominant, geringe und unterdrückte Opposition	China (bis 1979 E) Vietnam (bis 1987 E)
E	Mini-Reformen, traditionelle Stabilisierungspolitik	kaum Rezession, hohe Marktungleichgewichte und Budgetprobleme	traditionelle Kommunisten dominant, geringe und unterdrückte Opposition	Korea Kuba

und Strukturreformen (Typus A).[8] Betrachtet man die Zuordnung der einzelnen Länder zu den verschiedenen Typen, fallen vor allem zwei Punkte auf.

Erstens weist die Entwicklung eine deutliche Transformationsrichtung auf. Bis jetzt gingen die Veränderungen praktisch immer in Richtung eines reformintensiveren Typs (mit der partiellen Ausnahme Chinas nach der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung im Juni 1989 und Kubas mit seiner rectificacion-Politik seit 1986). Kann man also daraus den Schluss ziehen, dass alle Länder schliesslich im Typ A oder B landen werden – nur dass es bei denjenigen mit „ungünstigeren" Voraussetzungen etwas länger dauert? Das wäre eine etwas zu voreilige und mechanistische Trendprognose, wie im folgenden noch deutlich werden wird.

Zweitens lassen sich ohne weiteres zwei zentrale Dimensionen erkennen, die die Reformintensität bestimmen: Nähe zum „Westen" einerseits und Entwicklungsniveau anderseits. Die aussereuropäischen Entwicklungsländer gehören eindeutig zu den wenig reformbereiten Typen (D und E), während die entwickelteren „westeuropäischsten" Länder (geographisch und kulturell gesehen) zu den reformintensivsten Typen zu zählen sind (Typus A und B). Die andern osteuropäischen Länder haben zwar auch einen deutlichen Reformkurs eingeschlagen (insbesondere im politischen Bereich), der aber in vielem (vor allem im wirtschaftlichen Bereich) schwankend und inkonsistent ist (Typus C).

Wie sind diese Zusammenhänge zu interpretieren? Dass Entwicklungsniveau und kulturell-historische „Nähe" zu den westlichen Zentrumstaaten mit der Reformintensität positiv assoziert sind, ist plausibel. Mit zunehmendem Entwicklungniveau verblassten nicht nur die oben angeführten Anfangserfolge, die gerade bei wenig entwickelten Ländern besonders ins Gewicht fielen (z. B. China im Vergleich zu Indien oder Kuba zu den lateinamerikanischen Staaten). Es kam auch zu einer sozialen Umschichtung mit zunehmender Bedeutung urbaner, relativ gebildeter und informierter Schichten, insbesondere hochqualifizierter Facharbeitergruppen, Techniker und der Intelligenz, die dem System eher kritisch gegenüber standen.[9] Dass der kulturelle Faktor eine grosse Be-

8 Da sich die Typen an der jetzigen Realität ausrichten, sind gewisse Abweichungen von den generellen Strategien, wie sie im Abschnitt 2 entworfen worden sind, unvermeidbar. So fehlt die Veränderungsstrategie 3) autoritäre antikommunistische Systemlösungen – sowohl in ihrer nationalistisch-populistischen als auch in ihrer elitär-neoliberalen Form (noch), ebenso wie die Strategien eines „Dritten Weges". Strategie 2a) Westliches privaktkapitalistisches System (neoliberal orientiert) entspricht in etwa dem Typus A, Strategie 2b) Westliches privatkapitalistisches System (zentristisch bis sozialdemokratisch orientiert) dem Typus B. Typus D und E stellen Varianten der Strategie 1) Rekonsolidierung des „sozialistischen" Systems dar und Typus C ist eine Art Mischform, eine instabile Zwischenphase.

9 Die relativ positivere Einstellung dieser Schichten zu radikalen Reformmassnahmen ist auch in verschiedenen Surveys aus diversen Ländern bestätigt worden (vgl. z. B. AISA, 1990,

deutung aufweist, liegt auf der Hand. Entscheidend ist dabei nicht nur der direkte Bezug (woher bezieht man Informationen und Wertvorstellungen, mit welchen Ländern vergleicht man sich). Von ebenso grosser Bedeutung sind auch die in der historischen Entwicklung entstandenen Grundzüge kulturell-politischer Dispositionen. Hinzuweisen wäre hier etwa auf das „konfuzianische" Erbe in den asiatischen Ländern und die kolonialistische Erfahung mit entsprechenden antiwestlichen Einstellungsmustern, vor allem im Falle Kubas, oder die westliche Orientierung der Mitteleuropastaaten.

In Beziehung mit diesen generellen Faktoren steht eine Dimension, die in Abbildung 1 als politische Dominanzverhältnisse bezeichnet wird. Sie kann als eine vermittelnde Variable betrachtet werden, da sie die möglichen Reformausrichtungen stark beinflusst und ihrerseits weitgehend von den obigen Faktoren determiniert ist. Im wesentlichen geht es dabei um die Stellung der Kommunisten bzw. „Postkommunisten" und ihrer politischen Gegner. Es liegt auf der Hand, dass in den reformbereiten Ländern des Typus A und B die „Postkommunisten" nur schwach vertreten sind (1989 bzw. 1990 klare Wahlniederlagen und Zerfall der Mitgliederbasis). Ein wichtiger differenzierender Faktor, der über die Radikalität der Reform mitentschied, ist die jeweilige Stellung der Opposition. Es ist denn auch kein Zufall, dass gerade in Polen mit seiner breit verankerten und traditionsreichen Oppositionsbewegung (Solidarnosc als Gewerkschaft und Massenbewegung) der Typus A eingeschlagen worden ist, da nur hier eine entsprechende soziale Basis und Risikobereitschaft der neuen Führung existierte. Zudem war durch die besonders starke Krise die Stellung der Kommunisten völlig unterminiert und der Druck auf eine Radikalreform hoch. Bezeichnend ist auch, dass in den Ländern, die dem instabilen Typus C zugerechnet werden können, die Kommunisten bzw. „Postkommunisten" zwar geschwächt worden sind, aber immer noch eine dominante Position einnehmen und in den Wahlen die Mehrheit halten konnten, nicht zuletzt wegen ihrer starken Position auf dem Land und den kleineren Städten (East European Reporter, Nr. 1 und 2, 1991, Ost-West Gegeninformation, Nr. 3, 1990). Aber während in diesen Ländern der Erosionsprozess der kommunistischen Einheitspartei schon eingesetzt hatte, die traditionellen dogmatischeren Fraktionen nicht mehr imstande waren, den Kurs zu bestimmen und eine wach-

---

Anhang S. 11, für die Tschechoslowakei, CBOS, Serwis Informacyjny, Nr. 6, 1991: 43, für Polen, Kosmarskii, 1991: 54 für die UdSSR, Centre for the Study of Democracy, Sofia, für Bulgarien, East European Reporter, Nr. 2, 1991).

Vgl. auch Ludlam 1991, wo die Distanz dieser Schichten zum vorher bestehenden „Gesellschaftsvertrag" betont wird. Die Konzeption eines „Quasi"-Gesellschaftsvertrages, der zwischen der Führung und breiten Bevölkerungsschichten (insbesondere den Arbeitern) seit der poststalinistischen Regulierung bestand – Sicherheit und partielle Verbesserung des Lebensstandards gegen passive Akzeptanz – ist zwar etwas überzogen, hat aber durchaus etwas an sich, wie bereits weiter oben angedeutet worden ist.

sende, allerdings stark gespaltene Opposition immer grössere Bedeutung gewann, traf dies in den Ländern des Typus D und E bezeichnenderweise nicht zu. Hier dominierten die traditionellen Kräfte weiterhin deutlich und eine nennenswerte Opposition gab es nicht (mit der partiellen Ausnahme der chinesischen Demokratiebewegung von 1989) bzw. konnte sich eine solche wegen der bestehenden Unterdrückung auch gar nicht formieren.

Die dritte Typologie-Dimension „Art der Wirtschaftskrise" zeigt zentrale Folgen der eingeschlagenen Reformstrategien auf, wobei ein gewisser trade-off-Effekt zwischen Rezessionstendenzen einerseits und Marktungleichgewichten (mit implizierter monetärer Instabilität) anderseits postuliert wird: Je härter die (neoliberal orientierten) Stabilisierungs- und Sanierungsstrategie, desto ausgeprägter die Rezession, aber desto geringer die Marktungleichgewichte und vice versa. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man sich die in Abschnitt 3 aufgezeigten strukturellen Schwächen des sozialistischen Wirtschaftssystems in Erinnerung ruft. Eine relativ wenig produktive, stark monopolisierte und nach aussen abgeschirmte Wirtschaft, die auf einem strukturell angelegten Nachfrageüberhang basierte, muss bei einer entsprechenden Sanierungspolitik in eine Rezession abgleiten. Wie stark und vor allem wie lange diese rezessiven Tendenzen ausfallen und wieweit sie von einer geschickten und undogmatischen Reformpolitik gemildert werden können, ist eine zentrale und ebenso umstrittene Frage.[10]

5. Die gegenwärtigen Tendenzen und die Zukunftsaussichten

Im folgenden sollen nun die aktuellen Entwicklungstendenzen und ihre Widersprüche sowie die erwartbaren Zukunftsaussichten analysiert werden, wobei von den im vorangegangen Abschnitt skizzierten Situationstypen ausgegangen wird und das Schwergewicht auf die reformintensivsten Länder gelegt wird.

5.1 Die Strategien „Beibehaltung" bzw. „Rekonsolidierung" des „sozialistischen Systems"

Die Strategien „Beibehaltung" bzw. „Rekonsolidierung" des „sozialistischen Systems"(also Typus E und D) haben kurz- und mittelfristig durchaus gewisse

10 Vgl. z. B. World Bank, 1991, Guzek, 1991, Groszek, Kochanowski, 1991, Lipton, Sachs 1990, Kornai, 1990. Dabei es geht unter anderem um den Polity-mix und die zeitliche Staffelung von Reformmassnahmen, um das Ausmass an staatlicher Intervention und Hilfe (inklusive einer nicht zu „restriktiven" Kredit- und Geldpolitik) sowie die Aussenhandelspolitik.

Chancen, vor allem in den erwähnten aussereuropäischen Entwicklungsländern. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit besteht auch für „Rückfälle" aus dem instabilen Typus C, vgl. dann 5.2. Allerdings ist eine längerfristige Stabilisierung innerhalb dieser traditionell-dogmatisch geprägten Typen nicht zu erwarten, da die sozialistische Formation durch ihre wirtschaftliche Ineffizienz und relativ geringe ideologische Legitimierbarkeit nur mehr ein sehr beschränktes Adaptionspotential besitzt.[11] Die politischen und wirtschaftlichen Widersprüche sind denn auch entsprechend gross. Betrachtet man die einzelnen Typen getrennt, lassen sich folgende relevante Unterschiede postulieren. Der Typus E (Minireformen, traditionelle Stabilisierung) hat zwar eine grössere interne Konsistenz – kein Auseinanderklaffen zwischen wirtschaftlicher Dezentralisierung und politischer Zentralisierung wie beim Typus D (partielle Reformorientierung) – leidet aber besonders unter den bereits in Abschnitt 3 skizzierten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen. Diese fallen nun noch mehr ins Gewicht, da es fast keine kompensierenden Mechanismen mehr gibt, wie direkte Hilfeleistungen und relativ gesicherte Märkte in einem sozialistischen Subsystem. Es ist denn auch zu vermuten, dass der Druck auf wirtschaftliche Reformen in Richtung des Typus D stark zunimmt. Dass in absehbarer Zeit ein Sprung in Richtung Typus C oder sogar B oder A stattfindet, ist nicht sehr wahrscheinlich, stehen doch die traditionellen Kommunisten einer bis anhin schwachen Opposition gegenüber. Überraschungen sind zwar möglich (vor allem in Kuba, wenn grössere Unruhen durch einen völligen wirtschaftlichen Einbruch auftreten könnten). Dies hat auch das Beispiel Albaniens gezeigt (vgl. z. B. Osteuropa, 1991, 4, 321–330). Dort dürfte allerdings ein europäischer „Dominoeffekt" entscheidend mitgewirkt haben. Analoge Zusammenhänge gelten für den Typus D. Zwar gibt es hier durchaus einen gewissen Druck auf weitergehende Strukturveränderungen und auf eine politische Öffnung, wenn die wirtschaftliche Reform schon relativ weit vorgestossen ist. Solange aber die relativ konservativen Kräfte im Partei-und Staatsapparat dominieren – ein Faktor, der selber von verschiedenen Umständen abhängt, nicht zuletzt auch von den Erfolgen bzw. Misserfolgen der reformintensiveren Länder –, ist eher ein Zickzackkurs innerhalb des Typus D zu erwarten, wie dies etwa China vordemonstriert.[12]

---

11 Die These, dass es sich nur um eine Übergangskrise handelt, die mit einem neuen Regulierungstyp aufgefangen werden kann – etwa analog zur kapitalistischen Krise der Zwischenkriegszeit – ist nicht haltbar. Adäquater wäre hier dann schon der Vergleich zur Krise der antiken Formation, die auch nach einer relativ kurzen „Raubbau"-Expansion in eine auswegslose „Existenzkrise" geraten war.

12 Zur Entwicklung Chinas und Vietnams, vgl. z. B. World Economic Survey, 1990: 119 ff. und Far Eastern Economic Review 21. 3. 1991 und 4. 4. 1991.

5.2 *Die Strategie „instabile Reformorientierung"*

Die Strategie „instabile Reformorientierung" (Typus C) ist schon aufgrund ihrer inkonsistenten und schwankenden Reformorientierung (wenig auskristallisierte Orientierung gegenüber Marktmechanismen und dem Privatkapital und z. T auch gegenüber der parlamentarischen Demokratie) äusserst widersprüchlich und hat keine grossen Zukunftschancen. Die Rückkehr zum Typus D oder sogar E ist, wie bereits erwähnt, eine mögliche, wenn auch nicht mehr sehr wahrscheinliche Entwicklungsrichtung für die Länder, die sich in dieser Art Zwischenphase befinden. Sie ist dort am wahrscheinlichsten, wo die traditionellen Kräfte in den kommunistischen bzw. postkommunistischen Parteien noch nicht zu viel Terrain eingebüsst haben. Mit einigem Recht ist allerdings anzunehmen, dass die meisten Länder erst einmal den Weg des Typus B oder A gehen werden, sozusagen als letzte Hoffnung, um aus der zunehmenden Krise herauszufinden, die nicht zuletzt durch das inkonsistente Nebeneinander von unterschiedlichen Wirtschaftspolitiken verschärft worden ist, wie das Beispiel der UdSSR der letzten zwei Jahre gezeigt hat (IMF, World Bank, OECD, EBRD, 1990). Bulgarien und in geringerem Masse auch Rumänien haben diese Kursänderung seit dem Winter 1991 bereits zum Teil vordemonstriert (Le Courrier des Pays de l'Est, 1991, 359, 74–85).

Besonders kompliziert ist die Situation der UdSSR, und dies nicht nur wegen der enormen internen Heterogenität und den entsprechenden Nationalitätenproblemen. Die Enttäuschung über die Entwicklung der Perestroika ist sehr stark angewachsen, vor allem wegen der zunehmenden Wirtschaftskrise und des wachsenden Chaos, aber diktatorisch-autoritäre Lösungen hatten in der breiten Bevölkerung immer eine relativ geringe Anhängerschaft (vgl. z. B. die Umfrageergebnisse in Moscow News, Nr. 1/1991). Auf die Frage, ob sie die Perestroika unterstützt hätten, wenn sie 1985 gewusst hätten, was die Änderungen bringen würden, antworteten Ende 1990 je rund ein Drittel „ja", „nein" und „kann es nicht definitiv sagen". 60% waren aber gegen einen militärische Machtergreifung, um die Ordnung herzustellen, nur 22 % dafür. Auch wenn Gorbatschow 1990 einen enormen Popularitätsverlust erleiden musste (von über 50% auf unter 20% Zustimmung), konnte er sich durch ein geschicktes Lavieren an der Macht halten. Nach den eher konservativen Initiativen vom vorangegangenen Winter änderte sich der grundlegende Kurs seit dem Frühling 1991, nicht zuletzt aufgrund der Streik- und Demonstrationsbewegungen. Die 9+1 Übereinkunft vom April (Entwurf eines Unionsvertrags) und der Juni-Wahlsieg Jelzins in Russland waren Zeichen für eine stärker reformerische Ausrichtung. Dies und die Verschlecherung der wirtschaftlichen Situation dürften denn auch wesentlich dazu beigetragen haben, dass die konservativen Kräfte im Staats- und Parteiapparat den Putschversuch im August wagten. Dass er so

schnell zusammenbrach, hängt hauptsächlich mit dem enormen Vertrauensverlust zu den „alten Kräften" zusammen, was nicht nur einen unerwartet aktiven Widerstand hervorrief, sondern vor allem die zentralen Repressionsapparate, inklusive des besonders wichtigen KGB paralysierte. In Moskau sollen denn auch nach einer allerdings kaum sehr repräsentativen Umfrage – sie wurde bereits am zweiten Putschtag durchgeführt – nur 7% den Putschversuch begrüsst haben. Durch den Machtzuwachs radikaler Reformkräfte ist nun eine Entwicklung Richtung Typus B oder sogar A wahrscheinlicher geworden. Allerdings schafft die starke Schwächung der Zentralinstanzen sowie der enorme Krisendruck eine generelle Unsicherheit. Anzunehmen ist auch, dass in den verschiedenen Republiken (bzw. den diversen autonomen Nachfolge-Staaten) eine ziemlich unterschiedliche Entwicklung einsetzen wird, wobei auch autoritäre Varianten unterschiedlicher Prägung auftreten können.

5.3 Die Strategien mit der Reformausrichtung „Anschluss an das westliche Kapitalismus-Modell"

Die Strategien, die einen Anschluss an das westliche Kapitalismus-Modell (Typus A und Typus B) anstreben, haben momentan in Osteuropa Hochkonjunktur. Etwas weniger klar ist, welcher Variante der Vorzug gegeben werden soll.

5.3.1 Generelle Erwägungen

Polen hatte seit Anfang 1990 mit dem sogenannten Balcerowicz-Plan einen harten neoliberal orientierten Sanierungskurs eingeschlagen und spielte damit unter den wachsamen Augen des Internationalen Währungsfonds sozusagen eine Vorreiterrolle, die inwischen mit der Zusicherung eines Schuldenerlasses von 50% belohnt worden ist. Seit Winter 1991 haben auch die Tschechoslowakei, z. T. Ungarn und Bulgarien, einen ähnlichen, wenn auch meist weniger radikalen Weg eingeleitet. Die Widersprüche eines solchen Kurses sind aber beträchtlich.

Will man die Ungleichgewichte und die Ineffizienz des sozialistischen Wirtschaftssystems mit seiner hohen „verdeckten" oder offenen Inflation, seiner „verdeckten" Arbeitslosigkeit und technologischen Rückständigkeit radikal mit monetaristisch orientierten Rezepten angehen, riskiert man eine tiefe anpassungsinduzierte Rezession, die nicht einmal unbedingt die unproduktivsten Betriebe eliminiert, und hohe soziale Kosten, Verarmung und gesellschaftliche Konflikte mit sich bringt. Eine zu starke Rezession führt dazu, dass

Anfangserfolge des radikalen Sanierungskurses wie relatives Budgetgleichgewicht und stark reduzierte Inflation (nach einer anfänglichen Preisexplosion durch die „schockartige" Preisliberalisierung) gefährdet werden und erneute Finanzungleichgewichte entstehen, wenn die Staatseinnahmen stärker sinken als die durch Subventions- und Leistungsabbau reduzierten Staatsausgaben. Forciert man eine traditionelle Privatisierung, droht eine massive Abhängigkeit von ausländischem Kapital und/oder ein unkontrollierter „Ausverkauf" zu ungerechtfertigt tiefen Preisen, da es an privatem Kapital mangelt. Schliesslich ist eine zu lange „Übergangszeit" möglich, da zu wenig Käufer gefunden werden können. Das Interesse des ausländischen Kapitals an Joint -Ventures oder am Aufkauf von Firmen ist trotz eines grossen Lohngefälles – rund fünf bis zehn Mal tiefere Lohnkosten als in den Ländern Westeuropas (Wprost 1991, Nr. 24, 18) – vorläufig bescheiden und konzentriert sich auf kleinere Projekte und spezifische Branchen; zu gross sind Unsicherheit und infrastrukturelle Hemmnisse.[13] Die Reintegration in den Weltmarkt hat ebenfalls ihre Tücken. Für den Export in den Westen bestehen bis jetzt immer noch zu grosse Handelshemnisse, um den weitgehenden Zusammenbruch des alten COMECON-Systems ausgleichen zu können – je nach Land gingen noch 1990 22% (Polen) bis 77% (Bulgarien) der Exporte in die COMECON-Länder (GUS, 1991, 18). Zudem droht bei einem überbewerteten Wechselkurs eine Importlawine, da die westlichen Güter wegen ihres grossen Produktivitäts- und meist auch Qualitätsvorsprunges einen Konkurrenzvorteil haben. Umgekehrt sind ein unterbewerteter Wechselkurs und zu hohe Zolltarife auch wieder ungünstig, denn dann entfällt der Konkurrenzdruck auf die eigene oft schwerfällige und immer noch stark monopolisierte Wirtschaft und die eigenen Güter werden zu billig exportiert. Im Clinch zwischen Rezessionstendenzen und Markt- und Finanzstabilität, zwischen Liberalisierung und Protektionismus droht die Gefahr „lateinamerikanischer Verhältnisse" mit weitgehender Dauerkrise und unstabilen Wirtschaftsprogrammen.

Aber nicht nur die wirtschaftlichen Probleme sind enorm, auch der politisch-ideologische Umbau trifft auf grosse Hindernisse. Zwar ist die institutionelle Umstrukturierung zu einem demokratisch-parlamentarischen System kein allzu grosses Problem und bis jetzt auch schon recht weit fortgeschritten, aber die Schaffung von entsprechenden faktischen Strukturen und Verhaltensweisen, die das institutionelle Gerüst erst zum effizienten Funktionieren bringen, fehlt noch weitgehend (Kowalski, 1990, Schöpflin, 1991, Sadowski, 1991, 75–110).

13 Vgl. z. B. Business in the USSR October 1990: 30 f. und February 1990: 8, Spiegel 8. Juli 1991: 56 ff. und 6. Mai, 1991: 200 f.; selbst in dem mit Abstand führenden Ungarn betrug das bisher investierte Kapital Anfang 1991 nur gut 1 Milliarde DM und verteilte sich auf über 5000 Projekte.

Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man an die grossen „Altlasten" denkt (vgl. Abschnitt 3). So fehlt es an einem auskristallisierten System von Parteien, die klare programmatische Aussagen und eine spezifische Interessenartikulation der wichtigen sozialen Gruppen vertreten (Beyme, 1991). Dafür blüht die oft folkloristische, dem Reiz des „Neuen" und der Selbstdarstellung verpflichtete Parteienszene mit jeweils rund 100 und mehr Parteien in einem einzigen Land (illustratives Beispiel: die „Partei der Freunde des Biers", die immerhin in den Wahlen von 1990 in der Tschechoslowakei 0, 1% der Stimmen und in Polen 1991 sogar 3,5% der Parlamentssitze errungen hat). Die klassischen „personenbezogen" Bindungen, Beziehungsklüngel und Rivalitäten sind immer noch stark massgebend, und ein breiteres politisches Engagement fehlt weitgehend, nicht nur mangels geeigneter Strukturen, sondern auch wegen der Konzentration auf den eigenen „Überlebenskampf" und einer gewissen Ratlosigkeit angesichts der gewaltigen Probleme und der schon wieder weitgehend enttäuschten Hoffnungen. Diverse Meinungsumfragen zeigen denn auch einen deutlichen Vertrauensverlust in die Institutionen sowie einen wachsenden Skeptizismus (für Ungarn vgl. Bokor, 1991, für die CSFR AISA, 1990, für Polen weiter unten).

Von Interesse sind in diesem Zusammenhang auch die Ergebnisse einer vergleichenden Meinungsumfrage vom Winter 1991, die in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei durchgeführt worden ist. Auf die Frage, ob auf lange Zeit gesehen eine freie Marktwirtschaft einen besseren Lebensstandard für alle bringen werde oder nur einfach wenige Leute reich machen würde, wählten die erste Option in der Tschechoslowakei 48%, in Ungarn 47% und in Polen 32%, die zweite hingegen 42% (Tschechoslowakei), 43% (Ungarn) und 54% (Polen). Als generell präferiertes Wirtschaftssystem bezeichneten eine freie Marktwirtschaft 48% (CSFR), 47% (Polen) und 43% (Ungarn), eine gemischte Wirtschaft bevorzugten 44% der Ungarn, 39% der Polen und 36% der Tschechoslowaken, während einer sozialistische Wirtschaft nur 3% (Polen) bzw. 4% ihren Vorzug gaben. Das fortschrittsgläubige marktwirtschaftliche Credo findet also nur noch knapp oder kaum mehr eine Mehrheit. Als hilfreich für die Wirtschaft bezeichneten: die Einführung von mehr Politikmassnahmen freier Marktwirtschaft 90% (CSFR), 64% (Ungarn) und 47% (Polen), die Kürzung der Staatsausgaben 74% (CSFR), 61% (Ungarn) und 28% (Polen). Auf die generelle Frage, wohin die Entwicklung gehe, antworteten: 58% (CSFR), 53% (Polen) und 21% (Ungarn) in die richtige Richtung, 23% (CSFR), 47% (Polen) und 63% (Ungarn) in die falsche Richtung (Penn + Schoen, 1991, 1–22). Der Skeptizismus gegenüber freier Marktwirtschaft war offenbar bei den Polen am grössten, gefolgt von den Ungarn, wobei letztere einen ausgesprochenen allgemeinen Pessimismus an den Tag legten. Nur die Tschechoslowaken waren noch weitgehend

optimistisch. Eine Interpretation dieser Unterschiede ist nicht leicht, es können beispielsweise traditionelle Differenzen der politischen Kultur mitspielen. Plausibel ist allerdings auch die Erklärung, dass gerade die Länder, die schon die radikalsten Reformschritte vollzogen haben, auch am skeptischsten auf die freie Marktwirtschaft und ihre Instrumente reagieren.[14]

5.3.2 Das Beispiel Polens

Besonders interessant ist die Entwicklung Polens als dem Land, das bisher am konsequentesten den „neoliberalen" Reformweg gegangen ist (vgl. auch Gortat, 1991, Marciniak / Stadler, 1991). Dem westlichen Durchschnittstouristen vermitteln Polen im Sommer 1991 wohl den Eindruck, schon auf dem Wege zum (westlichen) Fortschritt zu sein. Die Leute sind im allgemeinen gut oder wenigstens anständig angezogen und Bettler sieht man auch nicht viele – meist sind es rumänische Zigeunerinnen mit ihren Kindern. Die Läden sind voll und haben ein relativ reichhaltiges Angebot. Westwaren sind überall zu haben, nicht nur in den grossen Städten. In den traditionellen Geschäftsstrassen Warschaus, der Chmielna und der Nowy Swiat, dominieren elegant aufgemachte Boutiquen. Dior und Yves Rocher, Puma und Adidas, fast alles, was Rang und Namen hat in der westlichen Konsumwelt, ist vertreten. Auf dem traditionellen Marktplatz in Krakau, einem der schönsten Plätze osteuropäischer Renaissance, wehen an der Nordostecke sogar die Fahnen der „united colours of Benetton"; sie haben die sozialistischen Aufschriften mit der Beschwörung der „united workers" abgelöst.

Westwaren und westlicher Konsumstil sind auf dem Vormarsch, zwar nicht so eklatant wie in der ehemaligen DDR, aber doch unübersehbar und mit spürbaren wirtschaftlichen Konsequenzen. Im ersten Halbjahr nahmen die Importe westlicher Konsumgüter um über 125% zu. Die Gewerkschaften forderten die Leute bereits auf, polnische Waren zu kaufen, um die Absatzkrise zu dämpfen. Und hier, in einer generell ungenügenden Nachfrage, liegt denn auch eines der grossen Probleme des aktuellen Transformationsprozesses.

---

14 Der hohe allgemeine Pessimismus der Ungarn mag etwas mit dem „Nationalcharakter" zu tun haben, vgl. auch ihre sehr hohen Selbstmordraten; eine alternative Erklärung könnte ihre geringere aktive und emotionale Beteiligung an dem Umsturz des alten Systems liefern, was weniger Dissonanzschwellen gegenüber der neuen Realität bedeuten kann. Kaum aber sind objektive Ursachen wie Wirtschaftslage – Polen steht einiges schlechter da – verantwortlich zu machen, am ehesten noch eine grössere Enttäuschung über die politische Entwicklung, worauf es in der zitierten Untersuchung Hinweise gibt (z. B. eine schlechtere Einschätzung der Arbeit der Regierung: „ausgezeichnet und gut" nur 13% gegenüber 27% in der Tschechoslowakei und 31% in Polen, Penn+Schoen, 1991: 5).

Zwar konnten 1990, im ersten Jahr der Reformen, Marktungleichgewichte, Budgetdefizit- und Ausenhandelsprobleme erfolgreich angegangen werden und die anfangs durch die weitgehende Preisliberalisierung explodierende Inflation wurde mehr oder weniger eingedämmt, dies aber nur unter Inkaufnahme einer viel stärkeren Rezession als erwartet. Die Arbeitslosigkeit stieg in einem Jahr auf 6,1% an, die Reallöhne sanken um cirka 30% und es kam zu einem massiven Produktionsrückgang der Industrie von 23% sowie einem BSP-Rückgang von rund 12% (Rzeczpospolita 17. 1. 1991, WERI, 1991). Eine gewisse Erholung im zweiten Halbjahr 1990, insbesondere im letzten Quartal setzte sich nicht fort. Zwar ist die monatliche Inflation weiter gesunken. Aber die Rezession hat sich im ersten Halbjahr 1991 wieder verstärkt. Was vor allem ins Gewicht fällt: durch die fehlenden Steuerzahlungen der in argen finanziellen Nöten steckenden Staatsunternehmen – über 40% schreiben rote Zahlen – ist das Budget wieder völlig aus dem Gleichgewicht geraten. Für 1991 wird mit einem sechsmal grösseren Budgetdefizit als geplant gerechnet, obwohl weitere, sozial spürbare Ausgabenkürzungen vorgenommen worden sind (Die polnischen Fernsehnachrichten sendeten beispielsweise Ende Juli einen Notappell des bekanntesten polnischen Herzspezialisten, der sich darüber beklagte, dass er mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln seinen Klinikbetrieb nicht mehr weiterführen könne). Zudem ergeben sich grosse Aussenhandelsprobleme, vor allem mit den ehemaligen COMECON-Staaten. Auch die Reallöhne sind wieder deutlich gesunken und für viele Leute wird es nun wirklich heikel, da obligatorische Kosten wie Strom, Gas und Wohnungsmiete stark gestiegen sind. 25–30% leben unter einem nicht gerade grosszügig definierten offiziellen Existenzminimum (Rzeczpospolita 19. 7. 1991, Statystyka Polski Nr. 8). In einzelnen Quartieren, wie dem Arbeiter- und Unterschichtsquartier Praga in Warschau, sind bis zu 30% der Leute mit ihren Mietzinszahlungen im Rückstand (Trybuna, 23. 7. 1991). Bereits Ende Juni gab es 8,4% Arbeitslose, Ende Oktober 10,8%; in einzelnen Regionen waren die Raten sogar doppelt so hoch; immer mehr Beschäftigte befanden sich im Zwangsurlaub oder erwarteten bald ihre Entlassung (CUP, 1991).

Unter diesen wirtschaftlichen Bedingungen ist es nicht erstaunlich, dass das gesellschaftliche Vertrauen in den grundlegenden wirtschaftlichen Reformkurs, den Balcerowicz-Plan, einen deutlichen Einbruch erlitt. Im April 1991 (z. T. unter dem Eindruck der westlichen Schuldenreduktion) waren noch 30% der Meinung, dass der Plan Polen mehr Gutes als Schlechtes gebracht habe (gleich viel Gutes wie Schlechtes: 46%), im Juni 1991 nur noch 16% (gleich viel Gutes wie Schlechtes: 39%). 40% hingegen glaubten im Juni, dass der Plan mehr Schlechtes als Gutes gebracht habe, im April erst 20%. Auch der Unterschied zwischen denjenigen, die den Plan unterstützen, gegenüber

denjenigen, die ihn nicht unterstützen, war besonders ungünstig: Im Juli 1991 waren 22% dafür, 51% dagegen, im Oktober 1990 noch 35% dafür (im Februar 1990 sogar 39%) und nur 19% dagegen. Nicht unerwarteterweise ergab sich eine relativ klare Korrelation von sozialstrukturellen Merkmalen und der Unterstützung des Balcerowicz-Planes, da die faktischen Krisenbelastungen und die generelle Einstellung zu liberalen Positionen entsprechend des allgemeinen sozialen Umfeldes und der Schichtzugehörigkeit variieren. Vor allem Bildung, aber auch Einkommen und Urbanisierung waren deutlich positiv assoziert. Betrachtet man die sozialen Schichten, zeigten sich ebenfalls grosse Unterschiede. Nur bei der Intelligenz und den Führungskadern (59 zu 34%) sowie den Angestellten im Handel und Dierstleistungsbereich (35 zu 30%) gab es ein Übergewicht von zustimmenden gegenüber ablehnenden Meinungen. Die deutlichsten Gegner waren die Landwirte (64% dagegen, nur 6% dafür), gefolgt von den qualifizierten Arbeitern (54% dagegen, 20% dafür). Sogar die Selbständigen (ausserhalb der Landwirtschaft) waren mehrheitlich dagegen (53% zu 28%).[15]

Aber nicht nur die Einschätzung des Wirtschaftsprogrammes und der Wirtschaftsaussichten erlitten in der öffentlichen Meinung grosse Einbussen. Nur noch 24% bezeichneten im Juli sowie im September 1991 die allgemeine gesellschaftliche Entwicklungsrichtung als gut, 56% bzw. 57% hingegen als schlecht, das ungünstigste Resultat seit dem Beginn der Reformen. Noch im April überwogen die positiven Einschätzungen über die negativen (45% zu 30%; im März 1990 sogar 51% zu 19%). Neun von zehn Befragten meinten im Juli, die gesellschaftliche Situation sei gespannt, und über die Hälfte rechnete mit einem weiteren Anstieg dieser Spannungen (CBOS, Serwis Informacyjny, 1991, Nr. 6, 7 und 9). Deutlich zugenommen hat auch die Streikhäufigkeit. Im ersten Halbjahr 1991 gab es 271 Streiks, davon allein im Mai und im Juni 196, während die entsprechende Zahl für das ganze erste Halbjahr 1990 nur 91 und für das zweite Halbjahr 159 betrug (Rzeczpospolita 19. 7. 1991: Statystyka Polski Nr. 8).

Fast alle relevanten Institutionen erlitten seit dem Moment des Machtwechsels im Herbst 1989 einen nahezu kontinuierlichen Vertrauensrückgang, der nach der Wahl Walesas zum Präsidenten und der Bildung einer neuen Regierung unter Ministerpräsident Bielecki anfangs 1991 weiterging, ja sich sogar teilweise noch verstärkte, vgl. Tabelle 1.

15 CBOS, 1990, Serwis Informacyjny Nr. 12: 55; 1991, Nr. 6: 34 f. und 43; vgl. auch 1991, Nr. 5, 11 und 45, wo eine ähnliche zeitliche Tendenz für die direkte Tätigkeit von Balcerowicz nachgewiesen ist. Die Umfragen des CBOS sind als relativ zuverlässig einzustufen (repräsentative Umfragen mit Zufallsauswahl, N=1000 oder mehr Befragte).

Auffallend ist, dass nur die Repressionsapparate ihre Stellung halten (Armee) oder sogar verbessern konnten (Polizei). So ist die Armee – Symbol für nationale Souveränität und „Ordnung" – seit Frühling 1991 die populärste Institution, da die Kirche zum ersten Mal in der Nachkrieggeschichte einen grossen Einbruch erlitt, insbesondere wegen ihrer zu starken Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten, vgl. z. B. ihre Propaganda für ein sehr repressives Schwangerschaftsgesetz. Besonders dramatisch ist, dass die für eine funktionierende Demokratie wichtigen Institutionen wie der Sejm, wo zwar „postkommunistische" Kräfte gemäss dem „Runden Tisch"-Abkommen vom Frühling 1989 eine Mehrheit besassen, aber auch der von Solidarnosc-Leuten völlig dominierte Senat sowie insbesondere die politischen Parteien die schlechtesten Noten erhielten – neben den alten, schon lange unpopulären „postkommunistischen" Gewerkschaften der OPZZ.

Aber auch die Regierung als zentrales Exekutivorgan und Solidarnosc als historisch bedeutsame Massenorganisation werden von rund der Hälfte der Befragten negativ bewertet. Das ist besonders aufschlussreich, wenn man die Entwicklung unter einem längeren Zeithorizont betrachtet, die die Reformvorgeschichte mit einbezieht. Die Regierung Bielecki konnte nicht einmal mehr den traditionellen Vertrauensbonus einer neuen Regierung beanspruchen, den schon die vorangegangenen „kommunistischen" Regierungen Messmer (bis Herbst 1988 im Amt) und Rakowski (bis Sommer 1988 im Amt) und dann vor allem die von der Solidarnosc dominierte Regierung Mazowiecki (bis Ende 1990 im Amt) verzeichneten (vgl. Abbildung 2).

Auffallend ist der schnelle Vertrauensverschleiss, den die jeweiligen Reform-Regierungen erlitten. Der schnelle Popularitätsanstieg der Solidarnosc, den sie in der Reformvorphase des runden Tisches und der Parlamentswahlen im ersten Halbjahr 1989 erreichte, sozusagen spiegelbildlich zum Vertrauensverlust der Regierung Rakowski, sowie der massive Abstieg – praktisch im Gleichtakt mit den von ihr gestützten Regierungen, sind zwar nicht überaschend, in ihrer Deutlichkeit aber eindrücklich. Und selbst der einst so populäre Walesa hatte im Juli 1991 mehr negative als positive Bewertungen aufzuweisen, und stand nur noch knapp vor dem umstrittenen Finanzminister, Vizepremier Balcerowicz, vgl. Tabelle 1.[16]

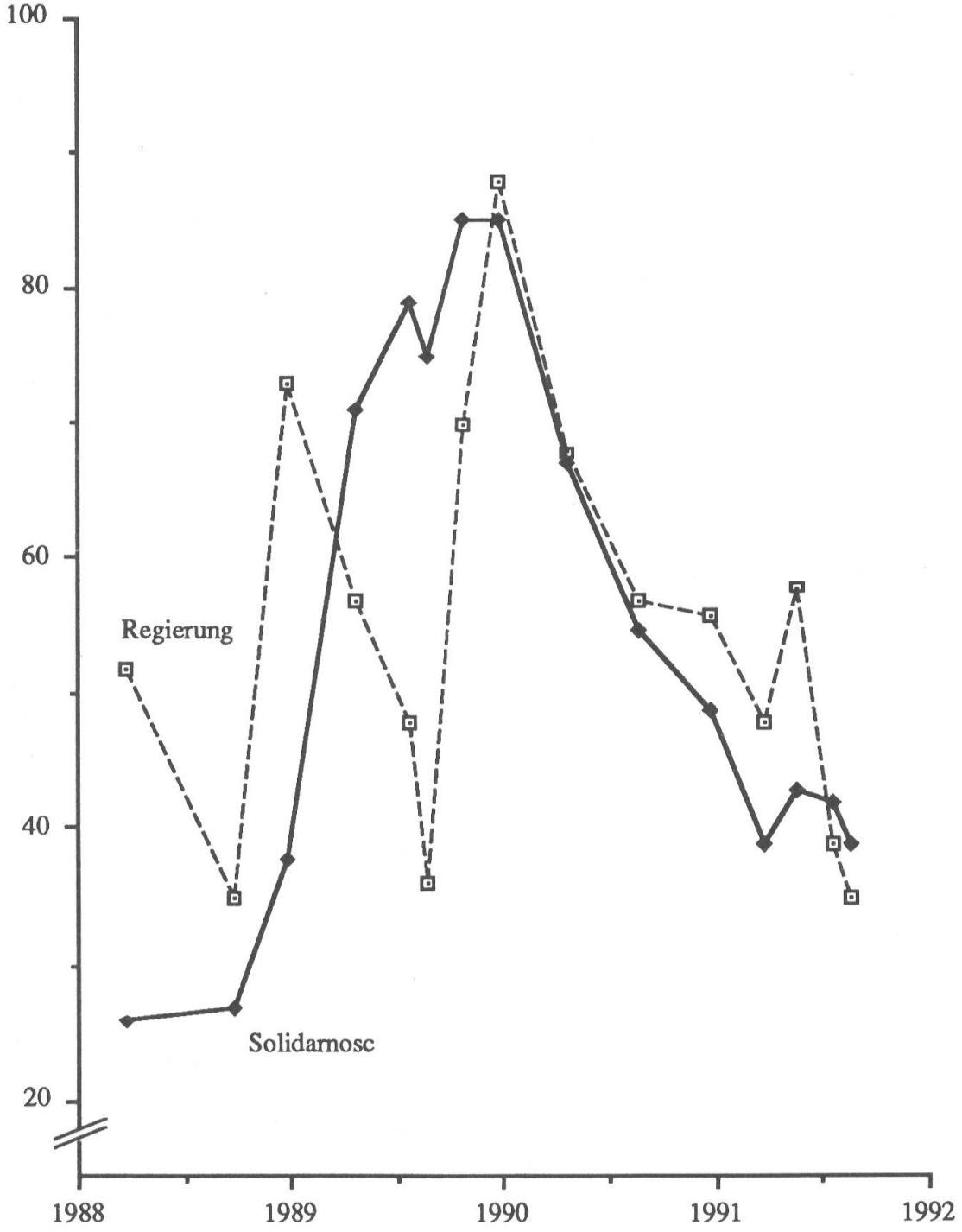
16 Ein typisches Zeichen für den Vertrauensverlust sind auch die vielen Witze über Walesa. Ein Beispiel, das auch Ende Juli 1991 am Fernsehen vorgetragen wurde, und die von vielen nicht besonders hoch eingeschätzte Intelligenz des Staatspräsidenten aufs Korn nimmt: Wissen Sie, warum Walesa immer zwei Gläser auf dem Nachttischchen hat, eines voll Wasser, das andere ganz leer? Wenn er nachts aufwacht und Durst hat, nimmt er das volle Glas, wenn er keinen Durst hat, das leere.

Tabelle 1: Akzeptanz gesellschaftlicher Institutionen und zentraler Persönlichkeiten in Polen (Herbst 1989 bis Sommer 1991)

		Nov. 89	Mai 90	Nov. 90	Mai 91	Juli 91
Militär	positiv	62	55	59	72	69
	negativ	5	12	11	13	13
	Differenz	+57	+43	+48	+59	+56
Polizei	positiv	37		43	60	54
	negativ	36		37	30	33
	Differenz	+1		+6	+30	+21
Kirche	positiv	88	79	71	59	58
	negativ	8	12	19	36	36
	Differenz	+80	+67	+52	+23	+22
Fernsehen	positiv	73	59	67	58	48
	negativ	12	24	19	35	42
	Differenz	+61	+35	+48	+23	+6
Sejm	positiv	89	63	52	34	27
(Volkskammer)	negativ	4	19	31	52	60
	Differenz	+85	+43	+21	–18	–33
Senat	positiv	86	62	48	33	27
	negativ	5	18	34	55	56
	Differenz	+81	+42	+14	–22	–29
Regierung	positiv	87	62	55	48	34
	negativ	5	19	29	41	52
	Differenz	+82	+43	+26	+7	–18
Solidarnosc	positiv	84	59	48	46	38
	negativ	6	21	27	43	49
	Differenz	+78	+38	+21	+3	–11
OPZZ	positiv	37	32	26	24	21
(alte Gewerk-	negativ	33	32	36	60	57
schaft)	Differenz	+4	0	–10	–36	–36
Parteien	positiv				18	16
	negativ				41	52
	Differenz				–23	–36
Walesa	positiv	93	64	62	51	36
	negativ	3	21	24	41	56
	Differenz	+90	+43	+38	+10	–20
Balcerowicz	positiv	61	47	55	40	31
	negativ	17	32	27	50	58
	Differenz	+43	+15	+28	–10	–27

Quelle: Zusammengestellt nach diversen repräsentativen Umfragen von CBOS (z. T. eigene Berechnungen). Bei Balcerowicz statt Nov. 89 Jan. 90, bei Parteien statt Mai Juni 1991.

Abbildung 2
Gesellschaftliche Akzeptanz von Regierung und Solidarnosc in Polen 1988–91



Legende: Prozentanteil derjenigen, die auf die Frage, ob die Institution den gesellschaftlichen Interessen entsprechend handle, mit ja oder eher ja antworteten.

Datenquelle: repräsentive Umfragen des CBOS

Wie sind diese in ihrem Ausmass doch erstaunlichen Veränderungen zu erklären? Einfache Kausalketten – etwa von der Art: je schlechter die Wirtschaftslage, umso grösser der Pessimismus und umso geringer das Vertrauen – sind nicht haltbar, wie genauere Analysen zeigen, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.[17] Es sind komplexe Zusammenhänge zu postulieren, die grundlegende ökonomische und gesellschaftliche Veränderungen mit den sozialpsychologischen Einstellungsdispositionen verbinden. Entscheidende Bedeutung ist dabei wohl dem Faktor enttäuschter Erwartungen zuzusprechen, und zwar nicht nur bezüglich der Wirtschaftslage, sondern des gesamten gesellschaftlichen Transformationsprozesses. Die hohen Aspirationen und manchmal auch widersprüchlichen Erwartungen führten zu entsprechenden Frustrationen, je länger die gewünschten und z. T. auch versprochenen Effekte ausblieben. Dabei verloren die positiven Effekte – so stieg z. B. der Anteil derjenigen, die keine Probleme mit den Einkäufen mehr perzipierten von 6% im Februar 1990 kontinuierlich auf 58% im Juli 1991 an – immer mehr an Bedeutung. Die negativen Effekte wie Arbeitslosigkeit und finanzielle Probleme gewannen hingegen an Relevanz, nicht zuletzt auch deshalb, weil wichtige Werte wie meritokratischer Egalitarismus und Sinn für Fairplay durch einen zunehmend härteren und skrupellosen Kampf um Macht und Reichtum tangiert wurden.

„Es herrscht eine grosse Korruption. Das war ja zwar vorauszusehen, aber nicht gerade dieses Ausmass". So knapp und eindeutig sagte es mir anfangs August 1991 ein polnischer Ökonom, jetzt Vizepräsident einer kleinen Bank. In den Medien jagt eine Affäre die andere. In einer Umfrage vom Juli 1991 gaben 71% an, dass sie die Korruption als grosses Problem betrachten. Auf die Frage, wer denn besonders anfällig für Korruption sei, meinten 53% „alle gleich", 11% die „neuen" Leute, 22% die „alten". Rund zwei Drittel glaubten, die Korruption werde zu wenig bekämpft (CBOS, 1991, Serwis Informacyjny Nr. 7, 36–40). In einer Reportage über Korruption (Wprost 1991, Nr. 30, 22–25) sprach ein Vizedirektor der Staatsanwaltschaft sogar von „einer höheren, um einiges raffinierteren Etappe der Korruption". Nicht mehr die traditionellen „lapowki" für knappe Güter, wie in den Zeiten der sozialistischen Mangelwirtschaft, stehen im Vordergrund, sondern diskrete Zahlungen von Businessleuten für „grosse Sachen" wie Konzessionen, Steuer- und Zollerleichterungen oder wertvolle Informationen. Viele Beamte wechseln zu privaten Firmen über,

17 So gibt es z. B. zwischen Reallohnentwicklung und der subjektiven Einschätzung der materiellen Lebensbedingungen keinen positiven Zusammenhang, eher sogar einen leicht negativen, zwischen Einschätzung der Regierung und der materiellen Lebensbedingungen bestehen komplexe Verlaufsmuster (bis Ende 1989 und ab Frühling 1991 die erwartete negative Beziehung, dazwischen aber keine bzw. sogar in bestimmten Phasen – erstes Quartal 1990 – eine positive Assoziation. Vgl. dann die in Anmerkung 2 erwähnte Publikation nach Abschluss des Forschungsprojektes.

wo sie mit ihren Kenntnissen und Beziehungen besonders nützlich sind und entsprechend viel mehr verdienen können. Einige Beamte fungieren nach Angaben des Vizedirektors der Staatsanwaltschaft direkt als „nichtoffizielle Berater" von privaten Firmen. Das „gute" Beispiel kommt dabei von oben. Ministerpäsident Bielecki hat seinen Chefbeamten erlaubt, auch bei privaten Firmen einzusteigen. Eine recht eigenwillige Massnahme, um die relativ „tiefen Löhne" aufzubessern und so die „guten" Leute bei der Stange zu halten, wie die offizielle Rechtfertigung dieser im Westen wohl undenkbaren Regelung lautet.

Obwohl die eigentliche Privatisierung bis jetzt langsam vorangekommen ist, hat die Zahl der neugegründeten privaten Gesellschaften schon beträchtlich zugenommen. Ende März 1990 gab es 16'600, Ende Juni 1991 bereits 38'500 polnische „Spolki" (Aktiengesellschaften oder GmbHs). Für polnische Verhältnisse gibt es denn auch bereits recht reiche Leute. Eine Wochenzeitschrift hat versucht, eine Liste der 100 reichsten Personen zusammenzustellen – bezeichnenderweise sind nur fünf Frauen darunter, dafür einige Angehörige der alten „Nomenklatura" wie die ehemaligen Minister Sekula und Urban (Wprost Nr. 24, 1991). Wer wieviel Geld hat, ist allerdings weitgehend unklar. Erst im nächsten Jahr wird eine Einkommenssteuer nach westeuropäischem Muster eingeführt (im übrigen ein wirtschaftspolitisches Versäumnis, das die erwähnte Budgetkrise mitverursacht hat), was dann vielleicht bessere Schätzungen erlaubt. Das ist aber auch unsicher, dürften doch viele polnische Kapitalisten im Umgang mit dem Finanzamt eher noch trickreichere „Schwindler" sein als die etablierten Reichen Westeuropas. Hinweise darauf gibt es. So setzten sich beispielsweise immer wieder neureiche „Businessmen" ins Ausland ab, nachdem sie sich verspekuliert oder an der Gutgläubigkeit vieler Polen bereichert hatten (Wprost, 1991, Nr. 24).

Einige Sozialwissenschaftler und Journalisten sprechen denn auch von einem „wilden" oder „räuberischen" Kapitalismus, der sich momentan in Polen ausbreite (z. B. Zarzadzenie Nr. 5, 1991, 24–28). Typischerweise sind auch die Beziehungen zwischen dem Eigentümer bzw. dem Chef und den Angestellten in den meisten Privatbetrieben völlig individualisiert. Gewerkschaften gibt es nur in wenigen Betrieben. In der Warschauer Grossregion fallen auf 2000 Betriebskommissionen der Solidarnosc nur gerade 25 auf Privatbetriebe, obwohl diese schon rund ein Fünftel der gesamtpolnischen Industrieproduktion und zwei Fünftel der Bauwirtschaft ausmachen (darunter allerdings sehr viele Kleinstbetriebe). Wie eine Untersuchung im Frühling 1991 gezeigt hat, sind die Chefs praktisch alle gegen gewerkschaftliche Abmachungen in ihrem Betrieb, ein Viertel sträubte sich sogar gegen die Einhaltung des Arbeitsrechtes. Und selbst die befragten Angestellten waren zu 45% der Meinung, eine

Gewerkschaft in ihrem Betrieb sei für sie ungünstig (Gesicka, 1991). Kommt doch jemand auf die Idee, eine Gewerkschaftssektion zu gründen, kann er ohne weiteres vom Chef unter Druck gesetzt werden. Privatbetriebe haben auch eine Reihe von Privilegien. So ist ihnen beispielsweise sogar die Aussperrung erlaubt, sie bezahlen meist weniger Steuern und erhalten eher Kredite als die Staatsbetriebe.

Dass die gegenwärtige, die sozialen Unterschiede verstärkende Transformation immer mehr Ablehnung hervorruft, ist angesichts der Ausgangsbedingungen mit ihren egalitaristischen und soziale Sicherheit betonenden Werten nicht überraschend. So waren im Juli 1991 bereits 75% der Meinung, dass die Einkommensunterschiede zu gross seien. Im September gaben 86% an, dass die aktuelle Arbeitslosigkeit einen zu hohen Preis für die sich vollziehende Wirtschaftsumstellung darstelle. Im Juni gaben 35% an, dass die beabsichtigte Privatisierung bei Ihnen persönlich mehr Befürchtungen als Hoffnungen hervorrufe – umgekehrt nur 18%, „gleichviel Hoffnungen wie Befürchungen" 28%; im November 1990 lauteten die entsprechenden Zahlen noch 22% gegenüber 27%, 32% „gleichviel Hoffnungen wie Befürchtungen" (CBOS, 1991, Nr. 10, 22–23, Nr. 7, 36–40 und Nr. 6, 36–37). Nur 11% glaubten im Juli 1991, Polen sei bereits eine Demokratie nach westlichem Muster. Fast die Hälfte betrachtete Polen immer noch als eine Art Diktatur, wobei rund ein Viertel die Herrschaftsposition der „alten" Nomenklatura, rund ein Viertel der „neuen" Nomenklatura zuschrieb (OBOP, zitiert nach Gazeta Wyborcza 31. 7. 1991). Das Verständnis für Kampfmassnahmen nimmt zu. Unterstützten im Mai 1990 erst 20% Streikaktionen in der jetzigen Situation, so im Juni 1991 bereits 38% (CBOS, 1991, Nr. 6, 58–59).

Hingegen ist das Interesse an der institutionalisierten politischen Auseinandersetzung gering – für die ersten völlig freien Parlamentswahlen vom Herbst 1991 interessierten sich z. B. bereits in einer Juli-Umfrage nur 45%; die deklarierten Wahlpräferenzen verteilten sich zudem auf sehr viele Parteien, so dass die führende Partei, die Unia demokratyczna des ehemaligen Ministerpräsidenten Mazowiecki, nur knapp 14% erzielte (Rzeczpospolita 23. 7. 1991). Die Wahlen vom Oktober bestätigten den Trend. 43% bemühten sich an die Urnen. Die Unia als stärkste Partei erzielte nur 12,3% der Stimmen, gefolgt von den überraschend gut abschneidenden „Postkommunisten" mit 12,0%. 29 Parteien schafften den Sprung ins Parlament, wobei die grössten 8 zwischen 6 und 14% Prozent der Sitze errangen (Rzeczpospolita 4. 11. 1991). Eine programmatisch einigermassen konsistente Mehrheit zu bilden, ist so kaum möglich, nicht zuletzt wegen der teilweise beträchtlichen inhaltlichen Differenzen unter den grösseren Parteien.

Und die politische Elite? Viele sehen den Ernst der Lage und warnen vor gefährlichen sozialen Erschütterungen, aber eine tragfähige Alternative ist angesichts der grossen politischen Zersplitterung und der heftigen, oft persönlich geprägten Rivalitäten nicht in Sicht.[18] Ryszard Bugaj, altgedienter Solidarnosc-Berater und Abgeordneter, erzählte mir bereits anfangs August 1991 vom zunehmenden Einfluss autoritärer Szenarien, der mehr oder weniger grosse Teile sehr verschiedener Parteien erfasst habe. Ein bekannter Senator habe ihm das im privaten Gespräch so gesagt: „Der Aufbau des Kapitalismus ist das Wichtigste, wenn das mit einer Demokratie geht, umso besser, sonst müssen wir's halt anders machen, vielleicht so wie in Chile." Das sind allerdings (vorläufig) nur markige Sprüche, ein polnischer Pinochet ist nicht in Sicht, grosse Streikwellen oder eigentliche Unruhen auch nicht. Bei einer weiteren drastischen Verschlechterung der Wirtschaftslage und andauernden unstabilen politischen (Mehrheits)-Verhältnissen ist aber alles möglich. Walesa hat bereits mehrmals erklärt, dass er sich einer „Anarchie" mit allen Mitteln, auch dem Kriegsrecht, entgegenstellen werde (z. B. Sztandar Mlodych 25. 7. 1991).

5.4 Weitere Zukunftsszenarien

Die Schwierigkeiten und Widersprüche eines „westlich" kapitalistischen Weges oder eines schwankenden Reformkurses könnten die Demokratisierung und unter Umständen auch die Umgestaltung der Wirtschaft gefährden, wie die obigen Ausführungen bereits angedeutet haben. Dabei zeichnen sich generell zwei Szenarien ab.

Verstärken sich Tendenzen zu nationalistisch-halbautoritären Bewegungen mit populistischer Propaganda, kann unter bestimmten Umständen die bis jetzt noch nicht angewandete Strategie „Quasi-Demokratie mit starker Stellung eines staatskapitalistischen Sektors" einen Durchbruch erzielen, übrigens ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit – nur die Tschechoslowakei behielt damals ein demokratisch-parlamentarisches System (Berend / Ranki, 1977). Hinweise dafür gibt es, nicht nur in den direkt in national-regionale Auseinandersetzungen verwickelten Ländern wie in Jugoslawien oder der UdSSR (insb. Georgien). Die Anfälligkeit auf populistisch-nationalistische Töne zeigte schon exemplarisch der Wahlkampf um die Präsidentschaft von Ende 1990 in Polen, das in Osteuropa der einzige ethnisch nahezu homogen zusammengesetzte Staat ist (vgl. z. B. Le Monde Diplomatique, Mars, 1990, 14–17) und entsprechend die

18 Zur Situation im Parlament vgl. z. B. Pawlak, 1991; zu den Parteien Kowalski, 1990, PAP, 1991, wo über 125 Parteien und politische Gruppierungen aufgeführt sind, darunter „exotische" Gruppierungen wie die Partei der Whisky-Freunde, die Erotische Partei – Slogan: „Glückliche Leute auf der ganzen Welt, vereinigt euch!" –, und die Union zur Restaurierung der Monarchie.

geringsten direkten Konflikanlässe aufweist. Bezeichnend war das Wahlresultat des Polen-Kanadiers Tyminski, der vom politischen Nobody zum Hoffnungsträger – insbesondere in den krisenanfälligen Provinzen – aufstieg, fast ein Viertel der Stimmen errang und damit den zweiten Platz belegte. Im Mai 1991 gründete er auch offiziell eine neue Partei, die Partei X. Das X steht für die 10 Jahrhunderte Polen und die 10 Gebote; das ist typisch für die nationalistisch-populistische Orientierung, die sich weitgehend auf generelle Symbole beschränkt. An einem regionalen Parteikongress vom 3. August 1991 meinte Tyminski auch, seine Partei werde kein Programm vor den Wahlen publizieren, das sei schade ums Geld und die Zeit (zitiert nach Gazeta Wyborcza, 5. 8. 1991). Tyminskis Popularität war vor allem unter den Jungen, den wenig Gebildeten und insbesondere unter den mit der jetzigen Entwicklung Enttäuschten recht hoch, wie eine Umfrage im Juli 1991 gezeigt hat (Gazeta Wyborcza, 30. 7. 1991).

Möglich ist allerdings auch die Variante eines autoritär-antikommunistisch geprägten, neoliberal ausgerichteten Modernisierungskurses, wie bereits oben angedeutet worden ist, sozusagen als Konkurrenz zum populistisch-staatskapitalistischen Modell (Vorbild z. B. Chile oder partiell Südkorea und Taiwan). Die Versuchung dazu ist vor allem dort sehr gross, wo sehr instabile politische Verhältnisse und intensive Wirtschaftskrisen mit einer relativ starken Stellung neuer „modernistischer" Eliten zusammentreffen sowie „oppositionelle" Strömungen, seien sie nun mehr postkommunistisch oder mehr nationalistisch-populistisch ausgerichtet, an Relevanz gewinnen. Die autoritäre Lösung kann dann als unvermeidliche „Zwischenstufe" deklariert werden, um die „historisch notwendigen" radikalen Wirtschaftsreformen durchführen zu können, eine Legitimationsstrategie, die auch aus der Phase des „sozialistischen Aufbaus", wenn auch unter ganz andern inhaltlichen Vorzeichen, bestens bekannt ist.

Autoritäre Varianten dürften am ehesten bei grossen sozialen Unruhen und Streikbewegungen zur Macht gelangen, obwohl auch ein langsamer Dominanzgewinn nicht auszuschliessen ist. Je nach den vorherrschenden bzw. den im Verlaufe der Auseinandersetzungen resultierenden Machtverhältnissen könnte dann eine populistische oder eine neoliberal orientierte Variante die Oberhand gewinnen. Die Chancen solcher autoritärer Varianten hängen bis zu einem gewissen Grade auch von der internationalen Situation ab, wie einer laschen und relativ „toleranten" Haltung der Westmächte.

Und wie steht es mit den Chancen eines „Dritten Weges", der Bildung eines neuen Formationstyps? Im generellen Formationsmodell wäre dies dann sozusagen die Analogie zur Entstehung der feudalen Formation als einer Art Synthese von asiatischer und antiker Formation, wie sie sich aus der Auflösung der

antiken Formation herausgebildet hatte. Kurz- und mittelfristig sicher sehr schlecht, obwohl in breiten Bevölkerungskreisen für die Variante eines neuen demokratischen gemischtwirtschaftlichen Systems durchaus Sympathien vorhanden sind, vgl. auch die vorne zitierte komparative Umfrage. Das ist nicht erstaunlich, wirkt doch ein gewisser Egalitarismus – weitgehend akzeptiertes Ideal des sozialistischen Systems (Schöpflin, 1991) – immer noch nach. Die Präferenz für einen „Dritten Weg" war anfänglich noch grösser. In einer repräsentativen Meinungsumfrage in Polen haben sich noch im Mai 1989 39% für die Einführungen eines neuen Sozialismus ausgesprochen, 22% für die Reform des gegenwärtigen Sozialismus, während nur 22% eine Abkehr vom Sozialismus befürwortet haben (17% keine Meinung; Daten des CBOS, zitiert nach Polityka Nr. 22, 1989, 7). In der CSFR wünschten noch anfangs Dezember 1989, also kurz nach der „sanften Revolution", 51% einen Entwicklungsweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus (Polityka Nr. 51/52, 1989, 2). Und selbst in der DDR mit ihrer spezifischen Situation sprachen sich Anfang Februar 1990 noch 56% für den „Weg eines besseren, reformierten Sozialismus" aus, für einen „kapitalistischen Weg" hingegen nur 31%. Dass aber gleichzeitig schon 79% die Wiedervereinigung unterstützten, zeigt scheinbar einen Widerspruch auf (Förster, Roski, 1990, 53–56). Dieser lässt sich dahingehend interpretieren, dass abstrakt zwar die Beibehaltung gewisser sozialistischer Inhalte präferiert wurde, realpolitisch-pragmatisch aber ein „kapitalistischer" Weg als Ausweg aus der Krise mehrheitlich akzeptiert wurde, ein Prozess, der sich in den meisten Ländern Osteuropas ähnlich abspielte bzw. abspielt. So waren beispielsweise auch in der UdSSR im Mai 1990 erst 22% für Privateigentum an grossen Betrieben – 58% dagegen –, im Sommer 1991, nach der enormen Krisenverschärfung, aber bereits 51% dafür – 29% dagegen (Moskauer Nachrichten, 1991, Nr. 9, 11, und Kosmarskii, 1991, 68).[19]

19 In Umfragen von 1990 in Polen und der Tschechoslowakei über die Privatisierungsformen zeigte es sich auch, dass die Umwandlung in Mitarbeiteraktiengesellschaften am meisten bevorzugt wurde, traditionelle Privatisierungen aber noch weniger populär waren als die Beibehaltung der staatlichen Formen (vgl. z. B. Polityka, 1990, Nr. 36, AISA, Mai 1990). Es ist deshalb auch kein Zufall, dass eine gewisse Berücksichtigung unkonventioneller Methoden (insbesondere Bonussysteme und Begünstigungen von Mitarbeitern) bei den problembeladenen Privatisierungen in Osteuropa vorgesehen sind (Le Monde Diplomatique, Juin 1991, The Economist 11. 5. 1991, Hofbauer, 1991). Vgl. auch Prywatyzacja 1991, Nr. 7 (lipiec), wo eine Beschreibung der polnischen Programme enthalten ist, insbesondere auch des Programms einer allgemeinen Privatisierung, das die Aktien von 400 grossen Industrie-Unternehmen (ca. 25% der Industrieproduktion) so verteilen soll, dass 60% gratis auf die erwachsene Bevölkerung entfallen sollen und 10% auf die Beschäftigten der jeweiligen Betriebe. Die so „beschenkten" Bürger können allerdings nicht als direkte Aktienbesitzer auftreten, sondern nur als Inhaber einer Art von Investmentfonds-Partizipationsscheinen, wobei ungefähr gut ein Dutzend solcher Investmentfonds unter Beizug ausländischer Firmen funktionieren sollen. Wie ein Umfrage vom Juli 1991 gezeigt hat, weiss aber nur ein Viertel über dieses Projekt Bescheid und nur ein Zehntel begrüsst es (CBOS, 1991, Nr. 8, 22–23).

Ein zentrales Hindernis für einen „Marktsozialismus" (Brus / Laski, 1990) bilden nicht nur konzeptuelle Probleme, sondern vor allem auch die konkreten politischen Kräfteverhältnisse (die unabhängige „Linke" wird zu sehr noch mit dem alten „Sozialismus" verknüpft und die „Postkommunisten" sind keine echte Alternative) sowie der geringe Spielraum durch die enorme wirtschaftliche Krise und die grosse Abhängigkeit vom Westen.

Abschliessend ist festzuhalten, dass eine solche formationsimmanente Betrachtungsweise selbstverständlich nur begrenzt und unvollständig sein kann. Vieles hängt, wie schon bei der Entstehung der „sozialistischen" Formation, von der Entwicklung des gesamten Weltsystems ab, insbesondere von den Strategien, die das Kapital und die politischen Eliten in den westlichen Zentrumsländern einschlagen werden. Dabei geht es nicht primär um direkte Hilfsmassnahmen, obwohl auch diesen ein wichtiger Stellenwert zukommt, sondern um die generellen politischen und wirtschaftlichen Strategien, insbesondere um die Öffnung der Märkte und der politischen Institutionen, etwa der EG (Egger / Kappel / Melzer, 1991). Die bisherige Entwicklung zeigte, dass eine ziemlich unsichere und abwartende Haltung sowohl bei den wirtschaftlichen wie den politischen Eliten dominiert. Das sind nicht gerade die besten Voraussetzungen, um der grossen Herausforderung dieses historisch bedeutsamen Transformationsprozesses gewachsen zu sein.

LITERATURVERZEICHNIS

AISA (Association for Independent Social Analyses) (1990), May and November, Survey Reports, Prague.

BEREND Ivan T., RANKI György (1977), East Central Europe in the 19th and 20th Centuries, Akademiaia Kiado, Budapest.

BEYME Klaus von (1991), „Parteiensystem und Wandel der politischen Eliten in den osteuropäischen Ländern", Gewerkschaftliche Monatshefte, 42 (10), 621–633.

BOKOR Agnes (1991), „Die öffentliche Meinung im Zuge des Systemwandels in Ungarn", Journal für Sozialforschung, 31 (1), 51–87.

BRUCAN Silvan (1987), World Socialism at the Crossroads, Praeger, New York.

BRUS Wlodzimierz, LASKI Kazimierz (1990), Von Marx zum Markt, Metroplis-Verlag, Marburg.

BRZEZINSKI Zbigniew (1989), The Grand Failure, Scribner, New York.

CBOS (Centrum Badania opinii spolecznej) (1990 und 1991), Serwis Informacyjny, Warszawa.

CUP (Centralny Urzad Planowania) (1991), Regionalne i strukturalne aspekty bezrobocia, Warszawa.

ECE (Economic Commission for Europe) (1990 und 1991), Economic Survey of Europe, United Nations, New York.

EGGER Urs, KAPPEL Rolf, MELZER Alex (1991), Osteuropa auf dem Weg zur Marktwirtschaft, Leitlinien zur Unterstützung des Überganges, Zürich (NFP28, Diskussionspapier 4).

FÖRSTER Peter, ROSKI Günther (1990), DDR zwischen Wende und Wahl, LinksDruck Verlag, Berlin.

GESICKA Grazyna (1991), "Relacje pracownicy – pracobiorcy w sektorze prywatnym", Biuletin Ochrona Pracy (NSZZ Solidarnosc), 16, 6–9.

GEY Peter et al. (1987), Crises and Reform in Socialist Economies, Westview Press, Boulder.

GOMULKA Stanislaw (1988), "Soviet equilibrium technological gap and the post 1975. productivity slowdown", Economics of Planning 1–2, 3–16.

GORTAT Radzislawa (1991), "Polak Polityczny", Zycie Gospodarcze, 30, 1–16.

GROSZEK Mieczyslaw, KOCHANOWSKI Tomasz (1991), "Symulanci umieraja", Zycie Gospodarcze, 25, 3–4.

GUS (Glowny Urzad Statystyczny) (1991), Glowne wskazniki ekonomiczne wybranych krajow, Informacje Statystyczne, Warszawa.

GUZEK Marian (1991), Ekonomia przejscia od kolektywizmu do systemu przyszlosci, IKiCHz, Warszawa.

HARTWIG Karl-Hans (1987), Monetäre Steuerungsprobleme in sozialistischen Planwirtschaften, Fischer, Stuttgart.

HOFBAUER Hannes (1991), „Rückenteignung in der CSFR", Moderne Zeiten, 1, 58–67.

IMF, Worldbank, OECD, EBRD (1990), The Economy of the USSR, Washington D. C.

JUCHLER Jakob (1986), Sozialistische Gesellschaftsformation – Allgemeine Theorie und Fallstudie (Polen 1945–1984), Campus, Frankfurt a. M.

JUCHLER Jakob (1990), „Die Entwicklung sozialistischer Gesellschaften im Weltsystem", in BORNSCHIER Volker et al. (Hg.), Diskontinuität des sozialen Wandels, Campus, Frankfurt a. M. , 219–250.

JUCHLER Jakob (1991), Sozialistische und kapitalistische Gesellschaftssysteme – ein theoretischer und empirischer Vergleich, Zürich (Publikation 1992 im Seismo-Verlag Zürich).

KORNAI Janos (1980), Economics of Shortage, North-Holland Publishing Company, Amsterdam.

KORNAI Janos (1990), The Road to a Free Economy – Shifting from a Socialist System: The Example of Hungary, N. W. Norton, New York.

KOSMARSKII Viktor et al. (1991), "Attitudes of the Population toward the Prospect of Making the Transition to a Market", Problems of Economics, April, 32–59.

KOWALSKI Sergiusz (1990), Ed. , Pierwszy krok do Europy, OPSZ Solidarnosc, Warszawa.

LIPTON David, SACHS Jeffrey (1990), "Creating a Market Economy in Eastern Europe: The Case of Poland", Brooking Papers of Economic Activity, 2, 293–342.

LUDLAM John (1991), "Reform and the Redefinition of the Social Contract under Gorbachev", World Politics, 2, 284–299.

MARCINIAK Piotr, STADLER Andreas (1991), Ed. , Liberalizm i Socjaldemokracja wobec wschodnio-europejskiego wyzwania, Fundacja Polska Praca, Warszawa.

MARER Peter (1991), "The Transition to a Market Economy in Central and Eastern Europe", The OECD Observer, 169, 4–10.

NOWACKI Grzegorz (1991), Kultura polityczna pokolenia "sierpnia 80", PWN, Warszawa.

PAP (Polska Agencja Prasowa) (1991), Vademecum partie i ugrupowania polityczne, Warszawa.

PAWLAK Jaroslaw (1991), "Konflikty i podzialy w klubach poselskich", in WASILEWSKI Jacek, WESOLOWSKI Wlodzimierz, Eds. , Poslowie o Sejmie X kadencji, Working Paper Zespolu Badania Europy Wschodniej, Warszawa.

PENN+ SCHOEN Associates, Inc. (1991), Democracy, Economic Reform and Western Assistance in Czechoslovakia, Hungary and Poland. A Comparative Public Opinion Survey. Data Tables, New York.

SADOWSKI Zdzislaw, Ed. (1991), Spoleczenstwa posttotalitarne – kierunki przemian, IFiS PAN, Warszawa.

SCHÖPFLIN Georg (1991), "Post-communism: constructing new democracies in Central Europe", International Affairs, 2 , 235–250.

SIK Ota (1987), Wirtschaftssysteme, Vergleiche, Theorie, Kritik, Springer, Berlin.

WORLD BANK (1991), The Transformation of Economies in Central and Eastern Europe: Issues, Progress, and Prospects, Socialist Economies Unit, Washington D. C.

WORLD ECONOMY RESEARCH INSTITUT (1991), Poland – International Econcomic Report, Warsaw School of Economics, Warsaw.

WORLD ECONOMIC SURVEY (1990), United Nations, New York.